

metall

Dein Magazin

Jahrgang 76 | 5/2024 | D 4713 | igmetall.de/metall



Solidarität gewinnt!

Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie hat begonnen



DER IG METALL-PODCAST
igmetall.de/maloche-malibu



Foto: Frank Rumpenhorst

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. August 2024



Gemeinsamkeit ist unsere Stärke: Wenn viele Metallerrinnen und Metaller für ein gutes Tarifergebnis kämpfen, wächst der Druck auf die Arbeitgeber – und nebenbei macht Solidarität einfach Spaß.

Foto: Thomas Range

Editorial

Gemeinsam mehr erreichen: IG Metall fordert 7 Prozent!



Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall

Foto: Thomas Pirot

Die Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie hat begonnen: **Die IG Metall fordert 7 Prozent mehr bei den Entgelten und die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 170 Euro je Ausbildungsjahr.** Ein Drittel der Azubis in unseren Branchen jobbt neben der Ausbildung, um über die Runden zu kommen.

Wir werden dafür kämpfen, dass sie, die dringend benötigten Fachkräfte von morgen, mehr bekommen. Das Tarifergebnis soll auch eine soziale Komponente enthalten, die vor allem den Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen zugutekommt. Weil sich immer mehr Beschäftigte Arbeitszeiten wünschen, die zu ihrem Leben passen, treten wir dafür ein, dass mehr von Euch freie Zeit wählen können, indem Ihr Geld in Zeit umwandelt.

Den Vertretern der Arbeitgeber, die von Nullrunden träumen und auf eine sinkende Inflation verweisen, empfehlen wir: Wacht auf! Die Teuerungswelle ist überall. Im Supermarkt gibt es für das gleiche Geld weniger Waren oder Packungen mit 20 Prozent weniger Inhalt. Die Mieten sind gestiegen und manchen Beschäftigten drohen gepfefferte Nachzahlungen bei der Jahresabrechnung. Und da der private Konsum das wichtigste Standbein der deutschen Wirtschaft ist, sind Entgelterhöhungen auch als Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur dringend erforderlich.

Tarif braucht Bewegung und damit unsere Forderungen erfüllt werden, müssen Metallerinnen und Metaller gemeinsam für sie kämpfen. **Nur wenn viele von Euch mitmachen, können wir ein gutes Tarifergebnis erreichen. Beteiligt Euch an unseren Aktionen und, wenn nötig, auch an den Warnstreiks!** Denkt daran: Die Masse macht's. Sprecht deshalb mit Euren Kolleginnen und Kollegen, erzählt ihnen von den Vorteilen, Mitglied und damit Teil der starken Gemeinschaft IG Metall zu sein. Lasst uns in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie gemeinsam für gute Arbeit und ein gutes Leben kämpfen. Solidarität gewinnt!

Christiane Benner

Leserinnen und Leser meinen



Ausgabe 4/2024

Foto: IG Metall

»Was ich nie verstanden habe, ist, dass es wohl ein Kern linker Politik zu sein scheint – von Gewerkschaften wie der IG Metall bis zu Bundesparteien –, stets für mehr Schulden einzutreten. 2023 hat der Bund allein 37,6 Milliarden Euro an Zinsen gezahlt! Mit dem Geld könnte man alle aktuellen Ausgabenwünsche bezahlen. Noch ironischer ist freilich, dass von mehr Schulden und damit höheren Zinsen vor allem die Banken profitieren, während künftige Generationen immer weniger Spielräume haben.«

Patrick Helpap, Rudolstadt

»Durch freien Wettbewerb ist dieses Ziel nicht zu erreichen«

METALL 7/8 2024

»Was der Industriestandort Deutschland braucht«

Der Industriestandort Deutschland kann auf den internationalen Märkten nur bestehen, wenn er durch Innovation zukunftsfähige Produkte anbieten kann. Durch den freien Wettbewerb ist dieses Ziel nicht zu erreichen, sondern es bedarf dazu der strukturierenden und ordnenden Hand des Staates. Hierfür benötigt der Staat erhebliche finanzielle Mittel. Hier wirkt die Schuldenbremse wahrlich als Innovationsbremse. Der IG Metaller und ehemalige Vizekanzler Franz Müntefering sagte einst, durch Steuern sei die Politik zu steuern. Diese bedeutsame Aussage weist heute darauf hin, die Reichen in Deutschland durch erhöhte Steuersätze finanziell stärker an den staatlichen Innovationskosten zu beteiligen. Das wird auf den Widerstand von Finanzminister Christian Lindner von der FDP stoßen. Denn in der alltäglichen Politik stehen die drei Buchstaben FDP für »Förderverein der Privilegierten«.

Heinz Rittermeier, Bochum

Nur Ideologie

METALL 7/8 2024

»Was der Industriestandort braucht«

Immer die gleichen ideenlosen Plattitüden, nicht einmal eine Anregung, nur Ideologie. Und Frau Grimm entblödet sich nicht, wieder einmal die Rentenreform auszubuddeln: Die Rentner sollen es jetzt durch Verzicht richten. Vielleicht sollte Frau Grimm sich noch einmal damit vertraut machen, dass sie über Menschen redet, die rund 50 Jahre sozialversichert gearbeitet haben. Diese ausgebrannten Menschen sollen den Standort retten!

Wolfgang Braun, per E-Mail

Doppelt unsensibel

METALL 7/8 2024

»Pflege erhöht die Rente«

Der Titel »Pflege erhöht die Rente« klingt wie eine Verhöhnung derjenigen, die ihre Stunden reduziert haben, um Angehörige zu pflegen. Wenn ich jedoch meine Arbeitszeit nicht um zehn Stunden pro Woche reduziert hätte, um mich um meine Mutter zu kümmern, sondern immer noch Vollzeit arbeiten würde, würde ich einiges mehr für meine Rente tun. Und dass das Bild eine Frau zeigt, die jemanden im Rollstuhl einen Geldberg hochfährt, ist gleich doppelt unsensibel. Wahrscheinlich ist es sogar ihr Schwiegervater ...

Monika Tatsch, per E-Mail

Stromnetz braucht Tages- und Langfristspeicher

METALL 7/8 2024

»Was der Industriestandort Deutschland braucht«

Veronika Grimm bemängelt, dass der Ausbau des Stromnetzes nicht schnell genug vorankommt. Sie übersieht, dass unser Netz so ausgelegt ist, dass es unseren maximalen Spitzenstrom übertragen und verteilen kann. Die dadurch hervorgerufene Leistungsspitze tritt einmal im Jahr und dann auch nur sehr kurzfristig auf. Das bedeutet, dass unser Netz in der restlichen Zeit völlig unterfordert und überdimensioniert ist. Es ist kein Geheimnis, dass wir in Zukunft Speicher benötigen werden. Elektrische Tagesspeicher werden wetterbedingte und tageszeitliche Schwankungen der Stromerzeugung von Sonne und Wind ausgleichen. Außerdem benötigen wir Langfristspeicher auf der Basis von Wasserstoff. Sie sind verbunden mit Kraftwerken, die uns helfen, saisonale Dunkelflauten zu überbrücken. Mithilfe der Tagesspeicher an den Netzzugangspunkten können wir das Netz völlig anders betreiben. Es wäre daher sinnvoll, bevor wir das Netz ausbauen, seine Effizienz mithilfe der Speicher, die wir ohnehin benötigen, zu verdoppeln.

Reinhard Seyer, per E-Mail

Hauptsache, die Pension stimmt

METALL 7/8 2024

»Was der Industriestandort braucht«

Veronika Grimm lebt gut von ihrem durch Steuergelder der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erbrachten Gehalt. Und ihr fällt nichts Besseres ein, als Transfergeld- und Rentenkürzungen zu fordern. Rentenreform und Bundeszuschuss begrenzen? Na klar! Hauptsache, die Pension von Veronika Grimm stimmt.

Klaus Rüssel, Dinxperlo (Niederlande)

Deine IG Metall

Jetzt JAV wählen

JAV-WAHLEN 2024

Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) kümmern sich speziell um Jugendliche, Auszubildende und dual Studierende im Betrieb. Auch Du kannst kandidieren.

Von Dirk Erb



Jugend- und Auszubildendenvertretungen setzen sich in Betrieben für die Belange von Auszubildenden, Jugendlichen und dual Studierenden ein.

Foto: Thomas Range

Auszubildende, dual Studierende und jugendliche Beschäftigte wählen wieder ihre Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) in den Betrieben. Die JAV-Wahlen finden im Oktober und November statt.

Eure JAV kümmert sich um Euch, um eine gute Qualität Eurer Ausbildung und darum, dass Eure Rechte gewahrt bleiben und Ihr fair behandelt werdet. Dazu kann sie eigene Vorschläge einbringen – und, wenn nötig, auch Druck machen. Die JAV setzt sich zum Beispiel für Eure Übernahme nach der Ausbildung oder dem dualen Studium ein.

Recht auf eigene Vertretung

Nach dem Betriebsverfassungsgesetz wird in Betrieben mit in der Regel mindestens fünf wahlberechtigten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder sich in einer Berufsausbildung befinden, eine JAV gewählt. Dazu gehören neben Auszubildenden und dual Studierenden etwa auch Volontäre oder Umschülerinnen. Je mehr Ihr seid, desto größer wird Eure JAV. metall 5/2024

Zur Wahl kandidieren dürfen alle Arbeitnehmenden, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sowie alle zur Berufsausbildung im Betrieb Beschäftigten, unabhängig von ihrem Alter.

Gemeinsam mit dem Betriebsrat hat die JAV starke Rechte. Sie bestimmt mit bei allen Themen, die Euch und Eure Ausbildung betreffen. Als JAV könnt Ihr viel bewegen, etwa bei Problemen in der Ausbildung, bei der Qualität des Werkunterrichts, bei der Übernahme der Kosten von Fachbüchern oder beim Erwerb von Zusatzqualifikationen.

»Mit einer JAV können wir viel erreichen. Wir haben alle Auszubildenden in unserem Betrieb zusammengebracht und mit der IG Metall in unserer Firma 16 Prozent mehr Ausbildungsvergütung durchgesetzt«, erklärt Michael Ciwinski, JAV-Vorsitzender beim Softwareunternehmen Governikus in Bremen, wo ein eigener Haustarifvertrag gilt. Michael hat dort ein duales Studium absolviert und arbeitet jetzt als Programmierer. »Für die JAV habe ich mit 21 Jahren kandidiert, weil ich mich einfach gern für andere einsetze. Seit Kurzem bin ich nun auch Mitglied des Aufsichtsrats.«

Die JAV ist ein fester Bestandteil unserer betrieblichen Demokratie. Als JAV kannst Du Dich für eine bessere Ausbildung einsetzen und gemeinsam mit der IG Metall und allen Arbeitnehmenden für mehr Geld. In der Metall-Tarifrunde kämpfen wir als IG Metall dafür, dass Auszubildende 170 Euro mehr im Monat bekommen. Je mehr mitmachen, desto mehr können wir erreichen.



Foto: privat

»Mit einer JAV können wir viel erreichen. Wir haben mit der IG Metall 16 Prozent mehr Ausbildungsvergütung durchgesetzt.«

Michael Ciwinski, Governikus, Bremen, Vorsitzender der JAV

Jetzt kandidieren

Glaubst Du, dass es in Eurem Ausbildungsbetrieb besser laufen könnte? Willst Du Dich für andere und für Dich selbst einsetzen – und in Deinem Betrieb etwas verbessern? Willst Du für die Jugend- und Auszubildendenvertretung kandidieren? Dann wende Dich an Deine JAV, Deinen Betriebsrat oder Deine IG Metall vor Ort.

Kannst Du JAV? Mach den Test.

jav-quiz.de



Branchen & Betriebe

»Ohne uns läuft nichts.«

KONTRAKTLOGISTIK

Sie bauen mit an Premiumautos, sorgen für eine reibungslose Logistik bei BMW und Porsche in Leipzig. Beschäftigt sind sie in zehn Kontraktlogistikbetrieben. Jetzt haben die Metallerinnen und Metaller ihre Haustarifverträge vereinheitlicht und verbessert. So kann der Wettbewerb der Dienstleister nicht mehr auf den Rücken der Beschäftigten stattfinden.

Von Dennis Vogt



Lagern und liefern: Beim Kontraktlogistikdienstleister van Eupen in Leipzig ist Metaller Uwe mit seinen Kolleginnen und Kollegen für Lagerhaltung, Kommissionierung und die passgenaue Belieferung der Bänder von Porsche zuständig.

Foto: Thomas Victor

Uwe Persdorf sitzt in gelber Warnweste in seinem Büro vor dem PC. Hier bearbeitet er als Wareneingangsadministrator beim Kontraktlogistikdienstleister van Eupen in Leipzig Lieferdaten und Bestellungen und kümmert sich um die Buchführung. Aber heute berichtet der 60-Jährige von der gerade abgeschlossenen Tarifbewegung und von dem Moment, in dem die Beschäftigten gemerkt haben, was sie gemeinsam erreichen können. Plötzlich klopft sein Chef an. Ganz dringend müssen ein paar Bestellungen raus. Das Gespräch mit metall muss warten.

So ist es bei den Kontraktlogistikern, ob am Rechner oder in der Halle: Meistens ist es dringend. In Leipzig arbeiten sie für Porsche und BMW. Sie liefern passgenau Teile ans Band, kümmern sich um Lagerhaltung und Kommissionierung, machen auch Montagearbeiten. Uwe bringt es auf den Punkt: »Ohne uns läuft nichts. Wenn wir nicht liefern, steht das Band.« Auch dank ihnen fahren am Ende Premiumautos aus den Hallen. Was anfangs nicht premium war in der Kontraktlogistikbranche? Die Bezahlung.

Seit dem Entstehen der Werke von BMW und Porsche in Leipzig vor rund 20 Jahren ist die Fremdvergabe an externe Kontraktlogistikdienstleister fester Bestandteil der Standortstrategie. Gegen Armutslöhne bei den Dienstleistern setzten die Beschäftigten gemeinsam mit der IG Metall Betrieb für Betrieb Haustarifverträge durch – noch mit unterschiedlichen Niveaus. Das Problem blieb aber die Vergabepaxis. Heike Worbs, Mitglied der Tarifkommission und Betriebsratsvorsitzende beim Kontraktlogistiker Rudolph Automotive Ost, fasst zusammen: »Hauptsache, der Preiswerteste kriegt es. Und dann geht es zulasten der Arbeitnehmer.«

Eine gemeinsame Tarifbewegung

Dass das so nicht weitergehen darf, stand für die über 3000 Beschäftigten der Leipziger Kontraktlogistiker bald fest. Es entstand die Idee des sogenannten tariflichen Ordnungsrahmens: also einheitliche Regelungen bei den verschiedenen Dienstleistern. In den unterschiedlichen Haustarifverhandlungen der letzten Jahre näherten sie sich bereits an und synchronisierten dann die Tariflaufzeiten zum 29. Februar 2024.

Das ermöglichte den Beschäftigten nun eine gemeinsame, solidarische Tarifbewegung. Im November 2023 starteten sie zusammen mit der IG Metall mit einer Aktionswoche. Aktive und Hauptamtliche gingen in die Betriebe, sprachen mit den Kolleginnen und Kollegen, machten eine Umfrage.

Die Beschäftigten verstehen auch, dass dies nur eine starke Gemeinschaft durchsetzen kann. Schon in der Aktionswoche werden viele direkt Mitglied der IG Metall, aber auch danach. »Jede Woche kamen dann mehr und mehr Beitrittserklärungen rein«, erzählt Uwe, der auch Mitglied der betrieblichen Tarifkommission und Betriebsrat ist. »Die Leute haben gemerkt: Nur mit Geschlossenheit ist man stark in der Gruppe.« Auch Heike berichtet vom Zusammenhalt: »Es war klar, dass alle an einem Strang ziehen.« Und sie sind zu Aktionen und Streiks bereit.

Mit diesem Rückhalt beraten Heike, Uwe und die anderen Mitglieder der betrieblichen Tarifkommissionen im Januar 2024. Die gemeinsamen Forderungen sind schnell klar: weitere Schritte in Richtung Vereinheitlichung des tariflichen Ordnungsrahmens, spürbare Entgelterhöhungen und eine Inflationsausgleichsprämie.

Erfolgreich Druck gemacht

Die Strategie, gemeinsam vorzugehen, zahlt sich aus: Die folgenden Haustarifverhandlungen in zehn Betrieben im Frühjahr 2024 brauchen Zeit, sind mühsam, aber erfolgreich. Denn die Arbeitgeber wissen, dass die Beschäftigten selbstbewusst und durchsetzungsfähig sind. Die Drohkulisse: Warnstreiks und Streiks in der Kontraktlogistik würden die Produktion bei BMW und Porsche zum Erliegen bringen. Für die Kontraktlogistiker drohen dann Vertragsstrafen. Ein Arbeitgeber nach dem anderen lenkt ein, Warnstreiks sind diesmal nur in zwei Betrieben nötig.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Und die Beschäftigten sind zufrieden. Das Eckentgelt steigt auf 2750 Euro. Je nach Ausgangslage beim einzelnen Dienstleister ist das ein Plus von 7 bis 14 Prozent. Auch die Inflationsausgleichsprämie haben sie durchgesetzt: Die gesamten 3000 Euro bekommen allerdings nur IG Metall-Mitglieder.

Die Leipziger Kontraktlogistik ist keine Niedriglohnbranche mehr. Der Wettbewerb um die Aufträge kann nun nicht mehr über die unterschiedlichen Tarifniveaus geführt werden. Das Wichtigste aber: Die Beschäftigten haben erlebt, was sie selbst erreichen können. Weil sie sich organisiert haben. Weil sie gemeinsam aktiv geworden sind. Weil sie wissen, was sie bewegen können. Für Uwe ist es sogar noch mehr: »Wir sind eine große Familie in Leipzig. Wir sind eins.«

IG Metall ist Ordnungsmacht

Erkämpft wurde ein Ordnungsrahmen am Automobilcluster, der den Beschäftigten zugutekommt. Gekümmert haben sich die Beschäftigten gemeinsam mit der IG Metall. »Die IG Metall ist hier im Cluster die einzige Konstante und Ordnungsmacht«, resümiert Steffen Reißig, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Leipzig. »Der nächste Schritt der Arbeitgeber in der Kontraktlogistik wäre jetzt, in der kommenden Tarifrunde als einheitlicher Gesprächspartner aufzutreten und sich eine Struktur zu geben.«

BMW und Porsche werden weiter an der Fremdvergabe der Logistik festhalten. Auch wenn Lohndumping nicht mehr möglich ist, sichern sie sich so Flexibilität, aber auch professionelle Logistikdienstleistungen. Die Unternehmen wissen, was die Arbeit der Beschäftigten bei den Kontraktlogistikern wert ist. Heike blickt schon voraus: »Das ist mir immer wieder so eine Freude, in die nächste Tarifrunde zu gehen. Denn die geht alle an und bewegt auch jeden. Vor allen Dingen aber kann man die Arbeitsbedingungen praktisch mitgestalten.« Die Tarifverträge haben erneut eine einheitliche Laufzeit, bis 30. September 2025. Dann werden die Beschäftigten wieder gemeinsam für ihre Interessen aktiv. Weil sie wissen, dass sie es können. Weil sie wissen, dass ohne sie nichts läuft.



Foto: privat

»Die Leute haben gemerkt: Nur mit Geschlossenheit ist man stark in der Gruppe.«

Uwe Persdorf, van Eupen, Leipzig, Mitglied der Tarifkommission



Foto: privat

»Es war klar, dass alle an einem Strang ziehen.«

Heike Worbs, Rudolph Automotive Ost, Leipzig, Mitglied der Tarifkommission

Titel

IG Metall fordert 7 Prozent mehr Geld und 170 Euro mehr für Auszubildende

TARIFBEWEGUNG

In wenigen Tagen starten die Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie. Die IG Metall fordert 7 Prozent mehr Geld für Beschäftigte und monatlich 170 Euro mehr für Auszubildende. Die meisten Arbeitgeber wollen am liebsten gar nichts zahlen. Ein harter Tarifkonflikt steht bevor.

Von Dirk Erb und Leonie Scholz



Jetzt Druck machen: Zehntausende Metallerinnen und Metaller demonstrierten beim Auftakt der letzten Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie 2022. Allein zur ersten Verhandlung für Bayern kamen 4000 nach Nürnberg (Foto). Dieses Jahr wird mindestens genauso viel Druck nötig sein.

Foto: Chandra Moennsad

Es geht los. Am 11. September starten die Tarifverhandlungen für die 3,9 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie. Wir fordern: 7 Prozent mehr Geld sowie 170 Euro mehr im Monat für Auszubildende. Das haben die Tarifkommissionen der IG Metall Ende Juni beschlossen. Der Vorstand der IG Metall hat die Forderung Anfang Juli bestätigt.

Seit dem Frühjahr haben die IG Metall-Mitglieder in den Betrieben und auf Versammlungen über mögliche Forderungen diskutiert. Zudem hat die IG Metall 318 000 Beschäftigte in 2700 Betrieben befragt. Ergebnis: Wir brauchen vor allem mehr Geld.

»Die Inflationsrate mag sinken, aber an der Kasse müssen die Menschen weiterhin hohe Preise bezahlen«, macht Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall, deutlich.

»Deshalb haben die Beschäftigten mit 7 Prozent mehr Geld einen verlässlichen Dauerausgleich verdient.«

Arbeitgeber wollen nichts geben

Die Arbeitgeber sind empört. Aus ihrer Sicht fordert die IG Metall viel zu viel. Sie verweisen auf die schwache Konjunktur und drohen mit Verlagerung. »Zu verteilen gibt es aktuell überhaupt nichts«, erklärte etwa der Verhandlungsführer der Metallarbeitgeber in Baden-Württemberg, Harald Marquardt. »Die richtige Zahl wäre eine Null.«

Zwar hat Marquardt seine Null-Ansage mittlerweile wieder relativiert. Doch klar ist: Uns steht eine harte Tarifbewegung bevor. Ein ordentlicher Tarifabschluss wird nur mit dem Druck der Beschäftigten in den Betrieben und auf den Straßen zu erreichen sein.

Das war schon in der letzten Metall-Tarifbewegung Ende 2022 so: Trotz explodierender Inflation kam von den Arbeitgebern erst nichts und dann nur ein mickriges Angebot. Nur durch die Warnstreiks konnten sie zum Einlenken bewegt werden. 900 000 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich an den Aktionen – mit Erfolg.

Vorbereitungen für Tarifbewegung laufen

Die Vorbereitungen für Aktionen in der Tarifbewegung 2024 laufen auf Hochtouren. Unter dem Motto »Solidarität gewinnt« mobilisieren die Vertrauensleute der IG Metall in den Betrieben. Bereits über die Sommermonate hinweg haben sich zahlreiche Kolleginnen und Kollegen online und vor Ort an Postkartenaktionen beteiligt, um ihre Forderungen zu bekräftigen und sich auf die Tarifbewegung einzustimmen.

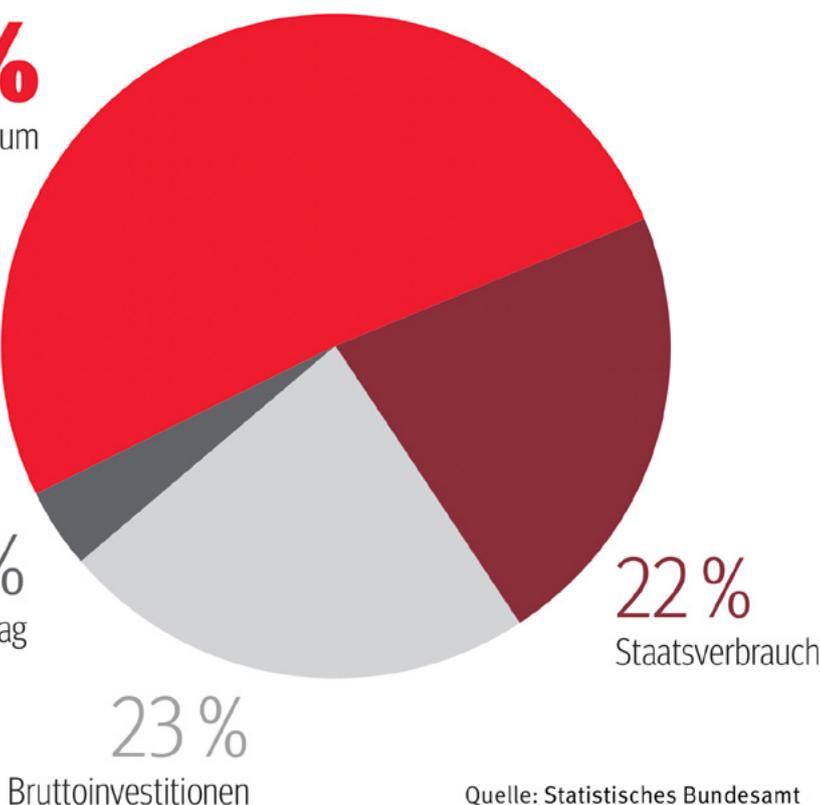
Schließlich hilft eine ordentliche Lohnerhöhung auch den Betrieben: Für 2025 sagen die Wirtschaftsforschungsinstitute wieder ein Wachstum voraus. Dabei rechnen sie aber mit ein, dass der private Konsum wieder kräftig anzieht.

Bruttoinlandsprodukt

Unsere Kaufkraft trägt die Wirtschaft

51%
Privater Konsum

4%
Außenbeitrag



Quelle: Statistisches Bundesamt

Wirtschaft wächst nur mit mehr Kaufkraft

Mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts wird vom privaten Konsum getragen und ist damit das wichtigste Standbein der deutschen Wirtschaft.

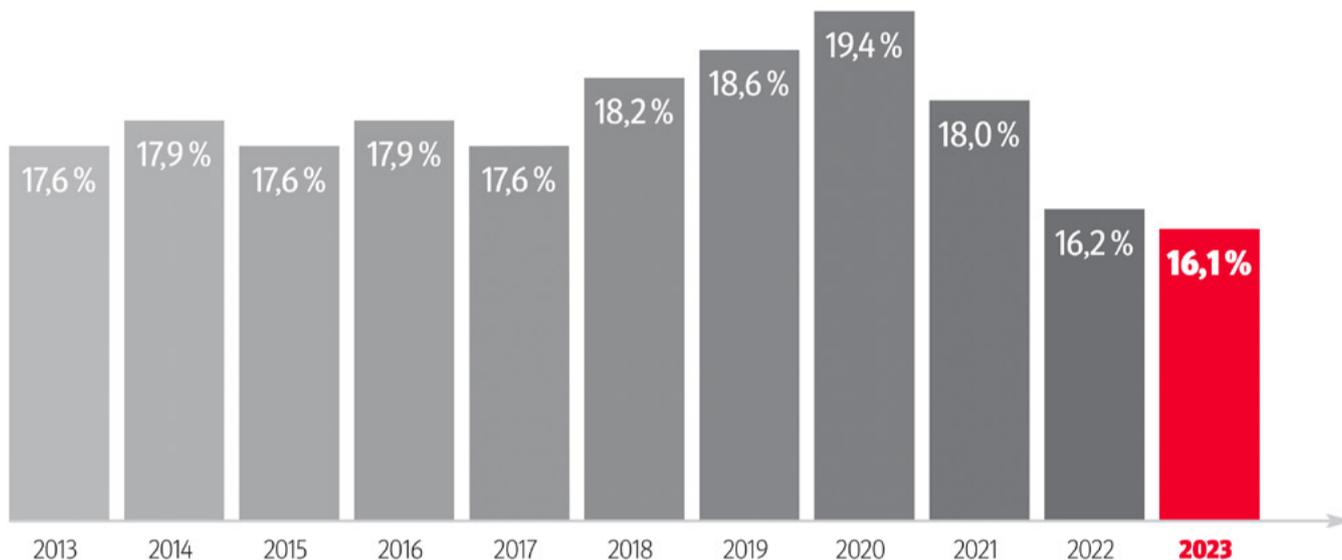
Doch die Kaufkraft ist wegen der hohen Preise eingebrochen. »Die Kolleginnen und Kollegen sowie die Konjunktur brauchen jetzt ein ordentliches Plus und damit gute Perspektiven«, fordert Benner.

Nur wenn die Beschäftigten wieder mehr kaufen können, etwa neue Haushaltsgeräte oder Autos, geht es auch mit der Wirtschaft wieder aufwärts.

Die Arbeitgeber können es sich leisten

So schlimm, wie von den Arbeitgebern behauptet, ist die Lage übrigens gar nicht. Klar: Die Produktion ist seit Beginn der Coronakrise um 7 Prozent gesunken. Aber Arbeit ist da: Die Auftragsbücher sind in den meisten Betrieben immer noch gut gefüllt. Nur 22 Prozent der 318 000 von der IG Metall befragten Beschäftigten schätzen die Lage in ihrem Betrieb als schlecht ein. Außerdem beträgt der Anteil der Lohnkosten in der Metall- und Elektroindustrie weniger als 18 Prozent (siehe Grafik).

Anteil der Lohnkosten in der Metall- und Elektroindustrie



Luft nach oben: Der Anteil der Entgelte ist zuletzt gesunken. Das lag auch an den stark gestiegenen Energiekosten. Doch die Ertragslage der Unternehmen hat sich mittlerweile wieder verbessert.»

Quelle: Statistisches Bundesamt

Forderung respektiert Lage in den Betrieben

Ja: Es gibt auch Betriebe, denen es nicht so gut geht. Darüber berichteten Betriebsräte in den Tarifkommissionen. Um diese Betriebe zu berücksichtigen, haben die Tarifkommissionen und anschließend der IG Metall-Vorstand die Forderung von 7 Prozent beschlossen. »Mit unserer Forderung respektieren wir die unterschiedliche Lage der Unternehmen. Im Gegenzug erwarten wir den Respekt der Arbeitgeber für die Lage und die Lebensrealität der Beschäftigten«, betont Nadine Boguslawski, die im IG Metall-Vorstand für Tarifpolitik verantwortlich ist. In einem Punkt haben die Arbeitgeber recht:

»In der Metall- und Elektroindustrie haben wir über viele Jahre hinweg Abschlüsse vereinbart, die weit über der Inflationsrate lagen«, meint Südwestmetall-Verhandlungsführer Marquardt. Stimmt: Seit 2010 sind die Tarifentgelte um 50 Prozent gestiegen, während die Preise im selben Zeitraum nur um 36 Prozent anzogen. Doch in den letzten Jahren hat die Rekordinflation zugeschlagen und die Preise für Dinge des täglichen Bedarfs sind explodiert. Das spüren die Beschäftigten jeden Tag: beim Bäcker, im Supermarkt, an der Tankstelle und bei den Mietnebenkosten.

Auch bei VW: IG Metall fordert 7 Prozent

»Es muss spürbar mehr Geld geben«, fordert Daniela Cavallo, die Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats von Volkswagen. Auch bei VW, wo ein eigener Haustarifvertrag gilt, starten demnächst Verhandlungen, von denen rund 120 000 Beschäftigte betroffen sind. Ebenso wie in der Metall- und Elektroindustrie fordern auch die Tarifkommissionen der IG Metall bei VW 7 Prozent mehr Geld sowie 170 Euro mehr für Auszubildende.

»Die Arbeitgeberseite wird dagegen einmal mehr auf den Sparzwang und die herausfordernde Lage verweisen – das ist jetzt schon absehbar«, meint Cavallo. »Was aber nicht zusammengeht: bei den Beschäftigten sparen zu wollen und gleichzeitig auf mehr Performance und Effizienz abzu zielen.« Zumal 2023 ein herausragendes Jahr für Volkswagen war, mit einem Gewinn von 17,9 Milliarden Euro – 13 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch andere Unternehmen fahren immer noch hohe Gewinne ein. Doch bei den Beschäftigten wollen die Arbeitgeber sparen – und sie mit den Preissteigerungen der letzten Jahre alleinlassen.

Besonders von den hohen Preisen betroffen sind Beschäftigte mit niedrigen Einkommen. Das gilt auch für Auszubildende und dual Studierende. Die tariflichen Ausbildungsvergütungen in der Metall- und Elektroindustrie liegen im Schnitt bei 1099 Euro brutto im ersten Ausbildungsjahr. Damit ist heutzutage kein eigenständiges Leben mehr möglich.



Warum die Forderung von 7 Prozent mehr Geld und 170 Euro mehr für Auszubildende gerechtfertigt ist, erklärt Özge Karabulut in diesem Video. Özge arbeitet als Industriekauffrau beim Messgerätehersteller Hach Lange in Berlin. Auszubildende leben heute eigenständiger

Foto: Julos TV



»Alles wird immer teurer. Etwas für den Notfall zur Seite zu legen ist oft nicht drin«, erklärt Aida Kadric, die eine Ausbildung zur Mikrotechnologin bei Bosch in Reutlingen macht. So wie ihr geht es immer mehr Auszubildenden und dual Studierenden in der Metall- und Elektroindustrie. Sie sind nicht nur besonders stark von der Inflation und den hohen Mieten am Wohnungsmarkt betroffen. Häufig sind Sonderausgaben notwendig: etwa für einen Führerschein oder für die Einrichtung ihrer Wohnung. Denn immer seltener wohnen junge Menschen in Ausbildung noch zu Hause bei ihren Eltern. Das Durchschnittsalter zu Beginn der Ausbildung liegt heute bei 20 Jahren. Rund ein Viertel der neuen Auszubildenden ist sogar 22 Jahre oder älter.

Aber nicht nur wegen des Alters kommt es für viele Auszubildende nicht mehr infrage, bei ihren Eltern zu wohnen: Oft ist ihr Ausbildungsbetrieb einfach zu weit vom Heimatort entfernt. Zudem fordern Arbeitgeber immer mehr Flexibilität und Mobilität von ihnen ein. Aber selbst in den Fällen, in denen Auszubildende noch bei ihren Eltern wohnen, ist das Geld knapp bemessen. So wie bei Thomas Bolgert, Industriemechanik-Auszubildender bei Heidelberger Druckmaschinen.

Von seinem Zuhause bis zum Ausbildungsbetrieb muss er eigentlich nur eine Haltestelle mit der Bahn fahren. Doch die fällt immer wieder aus. »Deswegen musste ich mir ein Auto kaufen«, erzählt der Auszubildende. »Allein für die Arbeit tanke ich schon viel. Und dann kommt noch die Versicherung dazu – allein damit ist die Ausbildungsvergütung ganz schnell aufgebraucht.«

Die Wohn- und Lebenssituation von Auszubildenden ist heutzutage sehr unterschiedlich. »In unserer Ausbildungsgruppe gibt es die, die extra für die Ausbildung herziehen mussten und für Miete, Lebensmittel oder Fahrtkosten allein aufkommen müssen«, berichtet Aida Kadric. »Andere haben Kinder. Das alles mit der aktuellen Ausbildungsvergütung zu stemmen, ist oft einfach nicht möglich.«

2,86 Millionen ohne Berufsabschluss

Ob für Wohnen, Miete oder Sprit – das Geld reicht für viele Auszubildende und dual Studierende nicht aus. Das Ergebnis: Immer mehr junge Menschen fangen nach der Schule erst gar keine Ausbildung an. Denn mit einem Midijob (bis 2000 Euro brutto) ist fast doppelt so viel Geld drin wie mit einer Ausbildung in der Metall- und Elektroindustrie.

2,86 Millionen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren waren im Jahr 2022 ohne Berufsabschluss – 2,86 Millionen potenzielle Fachkräfte, die auf dem Arbeitsmarkt fehlen. Zugleich wird die Bevölkerung immer älter. Anders als früher, als Betriebe sich ihre Auszubildenden aussuchen konnten, bleiben heute viele Ausbildungsplätze unbesetzt.



Solidarität gewinnt – das gilt auch für die anstehende Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie. Erfolgreich wird sie werden, wenn sehr viele Metallerinnen und Metaller bei Aktionen Druck machen.

Foto: Stephen Petrat

Attraktivitätsturbo für Ausbildung

Die Zeiten haben sich geändert. In vielen Handwerksbranchen haben die Arbeitgeber das mittlerweile verstanden – und mit der IG Metall deutliche Erhöhungen der Ausbildungsvergütungen ausgehandelt. Auch in anderen Tarifbranchen steigen die Ausbildungsvergütungen überdurchschnittlich – nicht jedoch in der Metall- und Elektroindustrie. Zwar spricht der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Stefan Wolf, davon, dass junge Menschen in die Metall- und Elektroindustrie drängen würden. Doch das kann die IG Metall in den Betrieben nicht feststellen.

Auch die Arbeitgeber in der Metall- und Elektroindustrie müssen endlich verstehen, dass sie in ihren Fachkräftenachwuchs investieren müssen, betont Aida Kadric. »Mehr Geld macht die Ausbildung attraktiver. Wir müssen mit den Standards gehen, die sich in den anderen Branchen etabliert haben.« Ausbilden heißt schließlich auch, in die Zukunft zu investieren. Mit einem Attraktivitätsturbo von 170 Euro mehr Geld, wie die IG Metall ihn fordert, bekommen die Unternehmen motivierten Nachwuchs.

»Ich arbeite gern«, macht Thomas Bolger klar. »Ich bin ja auch die Zukunft der Firma, in der ich arbeite. Aber ich möchte mir mein Leben auch leisten können.«

»170 Euro sind nicht übertrieben!«

Deshalb fordert die IG Metall 170 Euro mehr im Monat für Auszubildende. Sie müssen sich ein eigenständiges Leben leisten können. Außerdem brauchen sie wirtschaftliche Sicherheit in unsicheren Zeiten, damit sie sich auf ihre Ausbildung konzentrieren können. »170 Euro sind nicht übertrieben!«, lautet daher der Slogan der IG Metall Jugend. Doch damit das klappt, werden alle jugendlichen Beschäftigten, Auszubildenden und dual Studierenden mithelfen müssen. Deshalb: Macht mit bei den Aktionen der IG Metall Jugend unter dem Motto »Komm, wir holen uns das Geld!«

Solidarität gewinnt

Diese Tarifbewegung wird hart. Ohne Druck durch die Beteiligung vieler Metallerinnen und Metaller bei Aktionen vor den Betrieben und auf den Straßen wird es nicht gehen. Das ist jetzt schon klar. Freiwillig werden uns die Arbeitgeber in den Verhandlungen nichts geben. In den letzten Tarifrunden haben sie in den ersten Verhandlungsrunden gar kein Angebot auf den Tisch gelegt.

Um uns mit unseren Forderungen nach 7 Prozent mehr Geld und 170 Euro mehr für Auszubildende durchzusetzen, wird eine große Tarifbewegung nötig sein. In allen Betrieben werden die Mitglieder der IG Metall für ihre Forderung kämpfen müssen.

Seit Wochen entwickeln die IG Metall-Vertrauensleute Ideen und bereiten Aktionen vor. Die Mobilisierung läuft auf Hochtouren. Denn schon in wenigen Tagen geht es los: Am 11. September starten die Tarifverhandlungen in München für die Metall- und Elektroindustrie Bayern, am 12. September geht es in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen los, die übrigen Tarifgebiete folgen nach und nach.



»Auszubildende müssen heute für Miete, Lebensmittel und Fahrkosten allein aufkommen«, erklärt Aida Kadric, die eine Ausbildung zur Mikrotechnologin bei Bosch in Reutlingen macht. »Mit der aktuellen Ausbildungsvergütung ist das oft nicht möglich.«

Foto: Boris Schmalenberger

Wie in den letzten Tarifrunden werden wieder Zehntausende Metallerrinnen und Metaller zu den Verhandlungen kommen, um auf der Straße vor den Verhandlungslokalen für ihre Forderungen zu demonstrieren. In allen Tarifgebieten sind in den nächsten Wochen zahlreiche Aktionen geplant.

In die ganz heiße Phase geht es, wenn die Friedenspflicht ausläuft. In der Metall- und Elektroindustrie ist das am 28. Oktober um 24 Uhr (bei VW erst am 30. November). Das bedeutet: Ab dem 29. Oktober sind Warnstreiks in der Metall- und Elektroindustrie möglich.

900 000 Metallerrinnen und Metaller mussten in der Tarifbewegung 2022 mit Warnstreiks Druck machen, um einen Tarifabschluss durchzusetzen.

So geht es weiter

Vom 11. bis 16. September finden die ersten Tarifverhandlungen in den einzelnen Tarifgebieten statt.

28. Oktober: Ende der Friedenspflicht. Danach sind Warnstreiks zulässig.

Mit den Tarifverhandlungen starten auch die Aktionen der IG Metall. Macht mit, damit wir gemeinsam mehr durchsetzen können. Informationen gibt es bei Euren IG Metall-Betriebsräten, Euren Vertrauensleuten und bei Eurer IG Metall vor Ort.

Aktuelle Nachrichten, Hintergründe, Zahlen und Fakten zur Metall-Tarifrunde 2024:
[igmetall.de/metall-tarifrunde](https://www.igmetall.de/metall-tarifrunde)



Foto: privat

»Wir brauchen diese 7 Prozent mehr Entgelt unbedingt zur Absicherung des Lebensstandards. Wir sind ein Produktionsstandort mit vielen Facharbeitern in den mittleren Entgeltgruppen. Unsere Beschäftigten spüren ganz unmittelbar, dass sie weniger Geld im Portemonnaie haben.«

Chryso Riga, Schaeffler, Höchststadt, Tarifkommission Bayern



Foto: Julian Rettig

»Auch wenn die Situation aktuell schwierig ist: Die Beschäftigten erwarten einen Anstieg ihrer Entgelte. Wir machen Tarifpolitik für die Zukunft und tragen deshalb die 7 Prozent mit.«

Achim Dietrich, ZF, Friedrichshafen, Tarifkommission Baden-Württemberg



Foto: IG Metall

»Wir bei Mercedes haben eine gute Auftragslage. Wir sind ein starker Betrieb. Eigentlich wollten wir mehr, dafür haben wir gekämpft. Mehrheitlich haben wir jetzt aber eine Forderung von 7 Prozent beschlossen. Wir stehen hinter der gemeinsamen Forderung. Jetzt heißt es: Wir kämpfen gemeinsam für die 7 Prozent.«

Ralf Wilke, Mercedes-Benz, Bremen, Tarifkommission IG Metall Küste



Foto: IG Metall

»Mit diesem Attraktivitätsturbo bekommen die Unternehmen motivierten Nachwuchs. Die Auszubildenden können sich auf ihre Ausbildung konzentrieren und müssen nicht nebenher jobben.«

Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall

Bildung

Wer prüft die Prüfungsfragen?

DUALE AUSBILDUNG

Berufe wandeln sich, neue Technologien erfordern neue Kompetenzen. Weil das so ist, müssen Prüfungsfragen immer wieder begutachtet und angepasst werden. Bei der Erstellung der Aufgaben sitzt die IG Metall mit am Tisch – und sorgt dafür, dass die Aufgaben praxisnah und fair gestellt werden.

Von Jan Chaberny



Wer sich um Prüfungsfragen für den Beruf des Gießereimechanikers kümmert, muss dessen Anforderungen kennen – so wie Benjamin Fritz (rechts).

Foto: Petra Homeier

Benjamin Fritz kann sich noch gut an den Tag seiner Abschlussprüfung erinnern, an die Nervosität am Morgen, an die Anspannung im Prüfungsraum. An seine Konzentration, während er die ihm gestellten Fragen beantwortete. Auch heute, viele Jahre später, erinnert er sich daran, welche Aufgaben gestellt wurden – welche Fragen er als angehender Modellbauer beantworten musste. »Das vergisst man nicht, das bleibt einem im Kopf«, sagt der Metaller.

Etwas anderes ist den meisten Auszubildenden allerdings weniger bewusst: Die Prüfungsaufgaben, die da vor einem auf dem Tisch liegen, sind nicht vom Himmel gefallen. Menschen haben sie entwickelt, verfasst, verworfen, neu formuliert und präzisiert. Jede Aufgabe, die in einer Abschlussprüfung steht, wird zuvor überprüft und kontrolliert. Fachleute in einem Prüfungsausschuss durchleuchten und diskutieren jede einzelne Aufgabe. Benjamin Fritz ist einer von ihnen.

Der 33-Jährige arbeitet in der Luitpoldhütte im oberpfälzischen Amberg. Rund 500 Beschäftigte hat die Gießerei und 30 Auszubildende: junge Menschen, die hier am Standort zwischen fünf gewerblichen Ausbildungen und einem kaufmännischen Beruf wählen können. Fritz ist nicht nur Ausbildungsleiter am Standort: Er ist zugleich der Vorsitzende in einem Ausschuss, der sich um die Erstellung und Überprüfung von Prüfungsaufgaben für den Beruf des Gießereimechanikers kümmert.

»Fachausschuss, das klingt erst mal dröge, ich weiß«, sagt der Metaller. Die Arbeit dort sei aber überhaupt nicht langweilig. Ganz im Gegenteil. »Manchmal geht es hoch her, da werden Prüfungsfragen diskutiert, an Formulierungen gefeilt, Einwände von Ausbildern und Sachverständigen eingearbeitet.« Großen Spaß mache die Arbeit in solchen Momenten. Außerdem würde einem bewusst, wie wichtig die Arbeit im Ausschuss ist. »Die Prüfungsaufgaben haben einen direkten Einfluss auf die Qualität der Ausbildung und damit auf den späteren Lernerfolg«, weiß Benjamin Fritz. Die Mitbestimmung stelle sicher, dass die Prüfungsaufgaben praxisnah und fair gestaltet seien. »Als Metallerinnen und Metaller haben wir da eine große Verantwortung. Der will ich gerecht werden. Dafür muss man Zeit und Engagement investieren.«

Dreimal im Jahr treffen sich die Ausschussmitglieder für je drei Tage zu einer Arbeitsklausur. Der Fachausschuss, in dem Benjamin Fritz sitzt, ist wie jeder Prüfungsausschuss in Deutschland paritätisch besetzt. In diesem Fall sind für gewöhnlich drei Arbeitgebervertreter mit dabei: drei Kolleginnen und Kollegen der Arbeitnehmerseite, drei Berufsschullehrerinnen beziehungsweise -lehrer sowie, je nach Bedarf, Sachverständige und weitere Fachleute. »Wir sitzen dann alle gemeinsam an einem Tisch und dann geht es los.«

Neue Anforderungen, neue Aufgaben

Los geht es, genau genommen, schon viel früher, schon Wochen, Monate vor den turnusmäßigen Ausschusstreffen. »Wir begutachten und diskutieren die Prüfungsaufgaben in unseren Sitzungen. Wir entscheiden gemeinsam darüber, welche wir auswählen und welche nicht«, sagt Benjamin Fritz. »Aber jeder von uns entwickelt und formuliert seine Fragen schon vorab. Das geht nicht von heute auf morgen. Da gibt es einiges zu beachten.«

Zum Beispiel, dass die jeweiligen Fragen präzise und umfassend die Anforderungen des jeweiligen Berufs abbilden. Dass die Fragen fair gestellt sind, ausreichend anschaulich, dass sie immer auf konkrete Lernerfahrungen der Auszubildenden bezogen werden können. Hier geben die Berufsschullehrerinnen und -lehrer wichtige Impulse. »Elementar ist auch, neue Entwicklungen im jeweiligen Beruf aufnehmen und auf diese in der angemessenen Tiefe einzugehen.«

Das Berufsbild des Gießereimechanikers zum Beispiel hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt und wird sich weiter wandeln. Digitale Arbeitsschritte werden wichtiger, 3-D-Druck mehr und mehr Einzug auch in mittelgroße Gießereien halten, sagt Benjamin Fritz. »Darauf müssen wir eingehen.« Das sei nicht immer leicht. Das sei auch mal Kampf, denn notwendig seien Gespür und Fingerspitzengefühl, um das richtige Maß zu finden.

»Man muss eine Balance finden zwischen den Kernprüfungsaufgaben, die die grundlegenden Anforderungen des Berufs abbilden, und den technischen Neuerungen, die sich gerade überall in den Betrieben durchsetzen«, sagt der Metaller. Für die jungen Kolleginnen und Kollegen, die die Ausbildung zum Gießereimechaniker absolvieren, bedeutet das: Sie müssen als Spezialisten mit Verantwortung für die gesamte gießtechnische Fertigung natürlich in den elementaren Anforderungen des Berufs ausgebildet und geprüft werden.

»Die jungen Leute müssen beispielsweise anhand eines Modells Gussformen fertigen können. Sie müssen das Erschmelzen der richtigen Legierung im Schmelzbetrieb beherrschen und natürlich auch die Arbeit in der Qualitätssicherung und in der Gussnachbehandlung.« Um ihren Beruf erfolgreich ausführen zu können, benötigen die jungen Leute fundierte praktische Fertigkeiten und dazu viel theoretisches Verständnis. »Das müssen wir mit unseren Prüfungen abbilden.«

Das allerdings genüge noch nicht. Die jungen Auszubildenden bräuchten heute auch Kenntnisse in der »additiven Fertigung«. Sie müssen wissen, wie ein 3-D-Drucker funktioniert, wofür man ihn einsetzt, worauf man achten muss.

Daran entzündeten sich dann Diskussionen. »Mir ist es wichtig, darauf zu achten, dass die Auszubildenden ihr Leistungspotenzial ausschöpfen können«, sagt Benjamin Fritz. »Aber ich setze mich genauso dafür ein, dass die Aufgaben in ihrem Anforderungsniveau nicht überzogen sind.« Konkret bedeutet das: Aufgaben zum Themenbereich 3-D-Druck sind erforderlich, schließlich ist diese Technik Realität in vielen Betrieben.

Aber diese Aufgaben dürfen nicht so gestellt sein, dass sie nur Auszubildende von Großkonzernen beantworten können, die im Betrieb tagtäglich die neuesten Maschinen im Einsatz sehen. Sie müssen so gestellt sein, dass Prüflinge mit den Aufgaben zurande kommen – selbst wenn es in ihrem Betrieb solch eine Technik nicht gibt. »Das auszuloten, da das richtige Maß zu finden, dafür setze ich mich ein. Das macht mir Spaß.«

Auch weil die Arbeit niemals abgeschlossen ist, niemals abgeschlossen sein kann. Weil es immer weitergeht. Weil es immer neue Technologien geben wird – und damit neue Qualifikationen, die gebraucht, neue Fähigkeiten und Fertigkeiten, die geprüft werden müssen. »Die Arbeitswelt wandelt

sich beständig. Weil das so ist, müssen wir Ausbildungs- und Prüfungsfragen auch dauernd anpassen«, sagt Benjamin Fritz. »Dabei mitzuwirken, erfüllt mich mit Freude. Und mit ein bisschen Stolz.«

Ausbildung & Mitbestimmung

Die IG Metall hat in der dualen Berufsausbildung zahlreiche Mitbestimmungsmöglichkeiten errungen. Eine zentrale Rolle spielt die Mitbestimmung bei der Erstellung der Prüfungsaufgaben in der Aus- und Weiterbildung.

Das Konsensprinzip und die paritätische Vertretung ziehen sich dabei durch alle Entscheidungsprozesse. Die Prüfungsanforderungen werden von paritätisch besetzten Sachverständigengremien entwickelt.

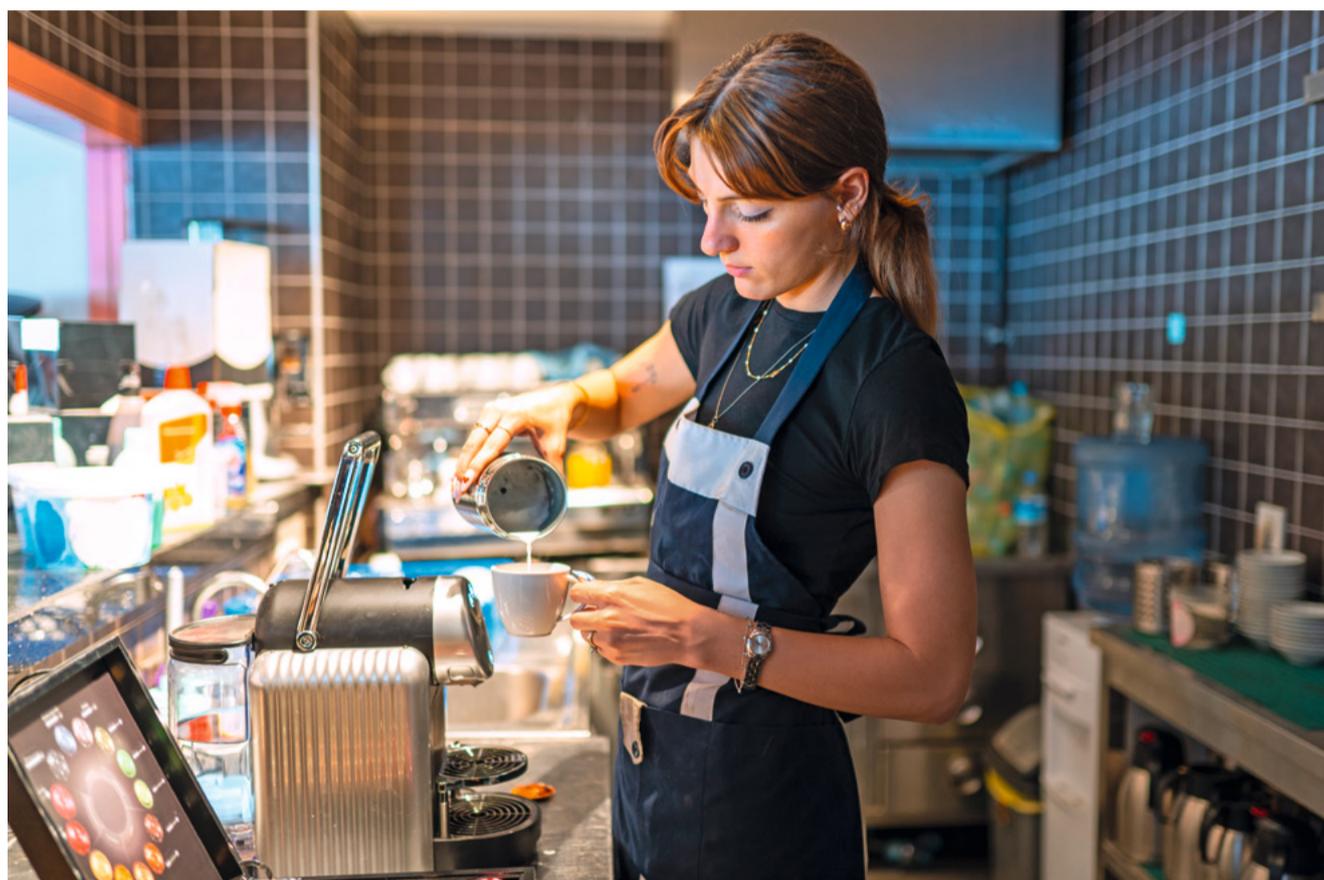
Aktuell stehen in den 174 Berufen, die die IG Metall mitgestaltet, Neubesetzungen in den Prüfungsausschüssen an. Interessierte melden sich unter: **pruefen@igmetall.de**

Rat für Tat

Nebenjob während der Ausbildung: Ist das erlaubt?

RECHT SO

Immer mehr Auszubildende müssen nebenbei arbeiten, um über die Runden zu kommen. Zwar genießt das Ausbildungssystem hierzulande ein hohes Ansehen, doch es gibt auch immer wieder Kritik an der Bezahlung. Ob ein Nebenjob erlaubt ist, weiß Yuliya Zemlyankina.



Die meisten Auszubildenden suchen sich einen Nebenjob, um den Lebensunterhalt zu finanzieren.

Foto: GettyImages/Su Arslanoglu

Dürfen Auszubildende in ihrer Freizeit einen Nebenjob annehmen?

Es ist nicht verboten, mehrere Arbeitsverträge zu haben. In der Regel ist jedoch im Arbeits- oder Ausbildungsvertrag vereinbart, dass Nebentätigkeiten der Zustimmung des Arbeitgebers bedürfen.

Das bedeutet aber nicht, dass sich der Auszubildende aussuchen kann, ob er zustimmt oder nicht. Er muss zwar informiert werden, darf aber in der Regel nicht ablehnen. Er kann den Nebenjob in der Regel nur dann verbieten, wenn der die Ziele der Ausbildung gefährdet.

Jobben bis in den frühen Morgen: Hat der Arbeitgeber Anspruch auf einen erholten und ausgeschlafenen Auszubildenden?

Auch Auszubildende müssen sich an das Arbeitszeitgesetz halten. Das heißt, sie dürfen nicht mehr als acht Stunden pro Werktag (also auch samstags und damit 48 Stunden pro Woche) arbeiten. Für Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren begrenzt das Jugendarbeitsschutzgesetz die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden. Außerdem müssen zwischen den Arbeitszeiten Ruhezeiten von elf Stunden liegen. Der Arbeitgeber hat also nicht unbedingt Anspruch auf einen ausgeschlafenen Auszubildenden, der Schlafmangel darf aber nicht auf die Nebentätigkeit zurückzuführen sein.

Ist ein Nebenjob bei der Konkurrenz erlaubt?

Während eines bestehenden Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses ist es grundsätzlich verboten, eine Konkurrenztaetigkeit zum Arbeitgeber auszuüben. Man darf weder selbst eine Konkurrenztaetigkeit ausüben noch bei einem Konkurrenten arbeiten, wenn die Taetigkeit mit Wettbewerbshandlungen verbunden ist, zum Beispiel für eine andere Versicherungsagentur Policen vermitteln. Das gilt auch für Auszubildende.

Wenn die Arbeit selbst keine Konkurrenztaetigkeit ist, zum Beispiel als Maurer in einem anderen Bauunternehmen oder als Verkäufer in einem anderen Supermarkt, ist das nicht verboten.

Was geschieht, wenn die Zustimmung des Ausbildenden fehlt und das Ganze auffliegt?

Nach Ablauf der Probezeit kann das Ausbildungsverhältnis nur noch fristlos gekündigt werden. Das heißt, es muss eine so schwere Vertragspflichtverletzung vorliegen, dass es dem Ausbildenden nicht zugemutet werden kann, auch nur die Kündigungsfrist abzuwarten. Das bloße Verschweigen einer Nebentätigkeit trotz bestehender vertraglicher Zustimmungspflicht wird in der Regel keine fristlose Kündigung rechtfertigen.

Steht die Tätigkeit jedoch im Widerspruch zur Ausbildung und gefährdet sie, kann eine Kündigung gerechtfertigt sein.

Werden Nebeneinkünfte auf die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) angerechnet?

Wer BAB von der Arbeitsagentur bezieht, kann bis zu 538 Euro monatlich in einem Minijob hinzuverdienen. In der Regel ist es möglich, bis zu drei Monate mehr als 538 Euro zu verdienen, solange die Jahreshöchstgrenze von insgesamt 6456 Euro nicht überschritten wird.



Foto: Thomas Burckhardt

Yuliya Zemlyankina

ist Juristin bei der DGB Rechtsschutz GmbH und schreibt künftig in jeder Ausgabe über Fälle aus der Praxis. Ihr habt Fragen zum Rechtsschutz? Die zuständige Geschäftsstelle der IG Metall hilft Euch gern weiter: [igmetall.de/vor-ort](https://www.igmetall.de/vor-ort)

§ Alles Recht



Illustration: Henning Reith

MAMMOGRAPHIE-SCREENING

Früherkennung von Brustkrebs: jetzt auch für Frauen bis 75 Jahre

Das Mammographie-Screening zur Früherkennung von Brustkrebs wird ausgeweitet: Seit 1. Juli 2024 haben Frauen bis 75 Jahre Anspruch auf ein kostenloses Brustkrebscreening. Der Anspruch endet also mit dem 76. Geburtstag. Bisher konnten nur Frauen zwischen 50 und 69 Jahren teilnehmen.

Der Gemeinsame Bundesausschuss der gesetzlich Krankenversicherten (G-BA) weist darauf hin, dass die neu anspruchsberechtigten Frauen vorerst noch keine persönliche Einladung erhalten. Sie können sich aber bei den sogenannten Zentralen Stellen für einen Untersuchungstermin in einer wohnortnahen Screeningeinheit anmelden. Dort wird geprüft, ob die Frau schon wieder anspruchsberechtigt ist. Die letzte Untersuchung muss bei der Anfrage mindestens 22 Monate her sein.

Informationen zum Ablauf des Screenings bietet eine Entscheidungshilfe des G-BA:

[g-ba.de/mammographie-screening-70plus](https://www.g-ba.de/mammographie-screening-70plus)

Termine können hier vereinbart werden: **mammo-programm.de/de/termin**

Bildung

Dank Ausbildung in Teilzeit mehr Fachkräfte gewinnen

AUSBILDUNG

Eine Ausbildung erfordert Zeit. Kinderbetreuung, pflegebedürftige Angehörige oder gesundheitliche Beeinträchtigungen: Einige Lebenssituationen lassen es nicht zu, eine Ausbildung in Vollzeit zu absolvieren. In diesen Fällen kann eine Ausbildung in Teilzeit die Lösung sein.

Von Leonie Scholz



Zeit für Familie: Dank der Ausbildung in Teilzeit konnte Daniela Ciullo sich um ihre Kinder kümmern und trotzdem ins Berufsleben starten.

Foto: Andreas Friedrich

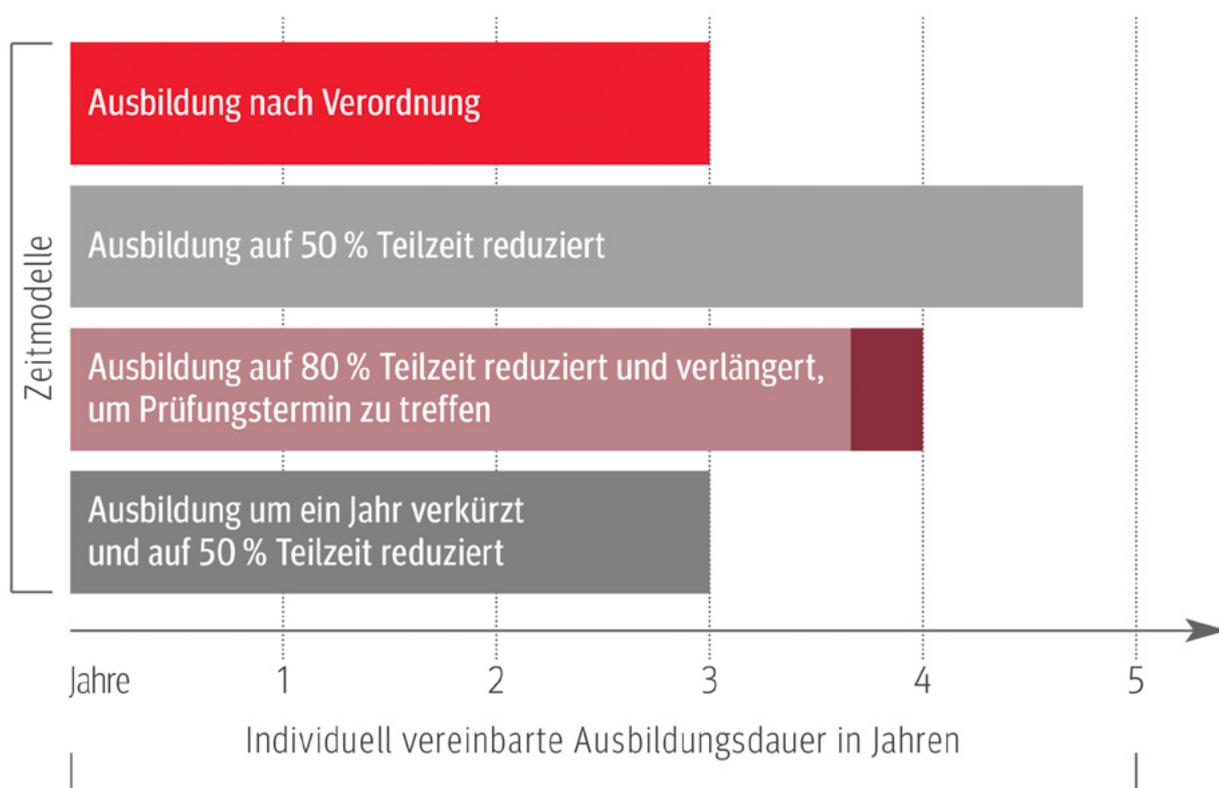
Draußen ist es noch dunkel. Aber Daniela Ciullo ist schon lange auf den Beinen. Sie muss ihre beiden Kinder – vier und fünf Jahre alt – wecken, beim Anziehen helfen und ein Frühstück auf den Tisch zaubern. Anschließend bringt sie ihren Sohn und ihre Tochter in den Kindergarten. Danach macht sich die alleinerziehende Mutter auf zu ihrem Ausbildungsbetrieb: Daimler Truck in Gaggenau. So sahen Danielas Tage im Jahr 2019 aus.

Inzwischen gehen ihre Kinder in die Schule. Und Daniela hat ihre Ausbildung abgeschlossen, ist fester Bestandteil ihres Betriebs. Trotz der Schwierigkeiten, als Alleinerziehende Ausbildung und Familie unter einen Hut zu bringen, hat sie ihre Berufsausbildung erfolgreich abschließen können – indem sie eine Teilzeitausbildung absolviert hat.

Dass man in Teilzeit arbeiten kann, ist bekannt. Aber eine Ausbildung in Teilzeit machen? Diese Option kennen nur wenige. Bis Ende 2019 stand das Ausbildungsmodell nur Menschen mit familiären Verpflichtungen offen – wie Daniela. Seit 2020 können nun auch andere Teilzeitazubi werden. Denn nicht nur für alleinerziehende Mütter oder Väter, sondern auch für Menschen, die Angehörige pflegen, selbst eine Behinderung haben oder Zeit brauchen, um die deutsche Sprache zu erlernen, ist eine Ausbildung in Vollzeit oft nur schwer oder gar nicht möglich. In diesen und anderen Fällen kann eine Ausbildung in Teilzeit die Lösung sein.

Auch für Daniela war eine Berufsausbildung in Vollzeit keine Option. »Meine Kinder waren zu dem Zeitpunkt ja noch klein und ich allein für sie verantwortlich. Die festen Zeiten einer Vollzeitausbildung mit der Kinderbetreuung zu vereinbaren war für mich damals gar nicht möglich.« Auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz stieß die damals 24-Jährige auf Daimler Truck in Gaggenau. Dort konnte sie ihre Ausbildung zur Industriemechanikerin in einer 30-Stunden-Woche absolvieren. Dank flexibler Arbeitszeiten war es für die junge Mutter möglich, die Kitaöffnungszeiten ihrer Kinder mit ihrer Ausbildung in Einklang zu bringen.

Exemplarische Modelle einer dreijährigen Ausbildung



Die tägliche oder wöchentliche Ausbildungszeit kann auf bis zu 50 Prozent reduziert werden. Entsprechend verlängert sich dann die gesamte Ausbildungsdauer, jedoch maximal um das Eineinhalbfache.

Teilzeitausbildung: Individuelle Gestaltung ist möglich

Aber wie genau funktioniert eine Teilzeitausbildung? Dabei können Auszubildende ihre tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 50 Prozent reduzieren. Entweder für die gesamte Ausbildungsdauer oder nur für einen bestimmten Zeitraum (siehe Grafik). Die maximale Ausbildungsdauer beträgt das Eineinhalbfache der regulären Zeit. Das heißt: Eine dreijährige Berufsausbildung in Teilzeit kann maximal viereinhalb Jahre dauern. Es lassen sich aber auch Verkürzungen und Verlängerungen kombinieren. Dadurch können zum Beispiel fixe Prüfungstermine trotz individuellem Teilzeitmodell eingehalten werden.

Eine Teilzeitberufsausbildung ist grundsätzlich in allen dualen Ausbildungsberufen möglich. Allerdings muss der Ausbildungsbetrieb zustimmen. Ist er einverstanden, beantragt er gemeinsam mit der oder dem Auszubildenden die Teilzeitberufsausbildung bei der zuständigen Stelle der Industrie- und Handels- oder der Handwerkskammer. Der Betriebsrat und die Jugend- und Auszubildendenvertretung können dabei unterstützen **(mehr zur JAV siehe Seite 34 f.)**.

Alles auf Teilzeit zu reduzieren, funktioniert in den meisten Fällen nicht. Denn in der Regel findet der Berufsschulunterricht auch bei Teilzeitauszubildenden in Vollzeit statt. Es besteht jedoch die Möglichkeit, bei entsprechender Klassenstärke eine Teilzeitberufsschulklasse einzurichten.

Berufsschule, arbeiten im Betrieb, lernen für Prüfungen – und nebenher noch Kinder betreuen. Das kann schon eine ganz schöne Belastung sein: »Das Lernen zu Hause war die größte Herausforderung: Haushalt und Kinder nehmen ja auch Zeit in Anspruch«, erinnert sich Daniela an ihre Zeit als Auszubildende. Dass eine Ausbildung in Teilzeit anspruchsvoll ist, bestätigt auch Thomas Kühner, Ausbildungsmeister bei Daimler Truck in Gaggenau. Er hat mittlerweile schon einige Azubis in Teilzeit ausgebildet. »Man darf das nicht unterschätzen. Ein Selbstläufer ist das nämlich nicht.«

Chancen für Betriebe und Auszubildende

Manche haben große Vorbehalte gegen das Modell der Berufsausbildung in Teilzeit. Die Skepsis ist jedoch oft unbegründet. »Am Anfang hatten auch wir einige Fragen: ›Passt das Modell wirklich in unsere Welt und zu unserem Ausbildungssystem?‹«, erzählt Thomas Kühner. »Am Ende war es aber gar kein Problem. Man muss es nur einfach mal machen.« Vorbehalte gibt es übrigens nicht nur auf Unternehmensseite. »Einige der Vollzeitazubis waren erstaunt, dass ich Gleitzeit hatte und sie nicht«, erzählt Daniela. »Aber nachdem ich den anderen Azubis meine Situation erklärt hatte, zeigten sie Verständnis.«

Bislang wird die Teilzeitausbildung kaum genutzt. Nur 2200 von etwa 462 000 Ausbildungsverträgen wurden 2022 bundesweit in Teilzeit abgeschlossen.

Dabei öffnen Teilzeitmodelle neue Gestaltungsräume. Denn nicht nur die Auszubildenden profitieren von dem Modell, dank dem sich Leben und Ausbildung besser vereinbaren lassen. Auch für die Betriebe bietet es Vorteile: In Zeiten des Fachkräftemangels und zahlreicher unbesetzter Ausbildungsplätze öffnet sich dadurch der Zugang zu einer neuen Gruppe von Bewerberinnen und Bewerbern. Und damit zu motiviertem Fachkräftenachwuchs – wie Daniela.

Für sie war es die richtige Entscheidung. Auch wenn es nicht immer leicht war. »Der Weg ist nicht einfach. Es waren wilde Jahre mit wenig Schlaf und viel Leistung. Es hat sich aber gelohnt. Solange man an sich selbst glaubt, schafft man das schon.«

»Es waren wilde Jahre mit wenig Schlaf und viel Leistung. Es hat sich aber gelohnt. Solange man an sich selbst glaubt, schafft man das schon.«

Daniela Ciullo

Berufsausbildung in Teilzeit

Ausführliche Informationen und Hinweise rund um die Teilzeitausbildung liefert das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Die Broschüre »Berufsausbildung in Teilzeit« als PDF zum Herunterladen findet Ihr hier: **[bmbf.de/publikationen](https://www.bmbf.de/publikationen)**

Kurz & bündig

ANTIKRIEGSTAG

Drei Fragen an Thomas Würdinger, verantwortlich für Grundsatzfragen beim Vorstand der IG Metall



Foto: Susie Knoll

Weltweit eskaliert die militärische Gewalt. Was ist die Antwort der Gewerkschaften?

Wir treten für das humanitäre Völkerrecht ein, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Frieden, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit, gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit. Das kann nicht immer frei von Widersprüchen sein. So haben wir uns nicht gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen – setzen aber auf Diplomatie.

Die öffentliche Debatte dreht sich um Waffenlieferungen und Aufrüstung. Was ist die Alternative?

Mehr über die Frage sprechen, wie Kriege und Konflikte verhindert und beendet werden können, welche Verhandlungslösungen denkbar sind, welche Akteure dazu beitragen können. Die Forschung zeigt: Kriege werden so gut wie nie auf dem Schlachtfeld entschieden.

Was erwartest Du von der Bundesregierung?

Mehr Offenheit und Einsatz für diplomatische sowie abrüstungs- und entspannungspolitische Initiativen. Endlich ein wirksames Rüstungsexportkontrollgesetz. Unsere Kriterien liegen auf dem Tisch. Und sie sollte mehr Mittel und Anstrengungen in zivile Konfliktprävention und Entwicklungszusammenarbeit investieren.

Thomas Würdinger

leitet das Ressort Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik beim Vorstand der IG Metall.

BUCHKULTUR

Büchergilde feiert 100-jähriges Bestehen

Als IG Metall-Mitglied Rabatt sichern

1924 tagte der Bildungsverband der deutschen Buchdrucker in Leipzig und beschloss die Gründung einer gewerkschaftlichen Buchgemeinschaft. Der Arbeiterschaft sollte der Zugang zur Bildung erleichtert werden, durch günstige und handwerklich hochwertige Bücher. Heute findest Du bei der Büchergilde Romane, Krimis und illustrierte Klassiker, Sachbücher, Kinder- und Jugendliteratur. Insgesamt mehr als 1200 Titel, dazu ausgewählte Musik, Filme, Grafiken und Reisen.

Mit der Abobox erhaltet Ihr alle drei Monate ein ausgewähltes Büchergilde-Buch und drei bis vier dazu passende Beigaben. Und da die Büchergilde Kooperationspartner der

IG Metall-Servicegesellschaft ist, erhalten Mitglieder einen Rabatt auf die erste Abobox. Registrierte Mitglieder finden den exklusiven Gutscheincode im Wert von 5 Euro auf der Website der IG Metall-Servicegesellschaft: **[igmservice.de/shops](https://www.igmservice.de/shops)**

TARIFVERTRAG

Tarifvertrag für VW-Tochter Moia

Deutlich mehr Geld und Urlaub



Gegen Dumpinglöhne führten die Moia-Fahrerinnen und -Fahrer im vergangenen November in Hamburg einen Warnstreik durch. Mit Erfolg.

Foto: Peter Bisping

Nach mehreren Verhandlungen und Aktionen gibt es endlich einen Tarifvertrag beim Fahrdienstleister Moia in Hamburg und Hannover. Ab September erhalten die Fahrerinnen und Fahrer von Moia mit 350 Euro brutto im Monat deutlich mehr Geld. Bereits im Juli wurde für Vollzeitbeschäftigte eine Inflationsausgleichsprämie von 1000 Euro netto ausgezahlt. Außerdem wurde ein jährliches Urlaubs- und Weihnachtsgeld von jeweils 375 Euro vereinbart.

Auch beim Urlaub gibt es deutliche Verbesserungen: Ab 2025 wird der Urlaub jährlich um einen Tag verlängert. 2027 beträgt der Urlaub dann 27 Tage. Beschäftigte mit einer Betriebszugehörigkeit von mehr als fünf Jahren erhalten zusätzlich sogar drei Urlaubstage pro Jahr.

Schluss mit Dumpinglöhnen

Zuvor hatte das Unternehmen mit Dumpinglöhnen nahe dem Mindestlohn und miesen Arbeitsbedingungen für Schlagzeilen gesorgt. Kaum zu glauben, dass Moia eine 100-prozentige Volkswagen-Tochter ist! Das konnten die Beschäftigten nicht mehr hinnehmen. Auf die anfängliche Blockadehaltung der Arbeitgeberseite während der Verhandlungen antworteten sie mit Warnstreiks. Unterstützung bekamen sie aus Öffentlichkeit und Politik.

»Die Verhandlungen waren zwar hart«, erzählt Betriebsratsvorsitzender Peter Alexander aus Hamburg. »Aber letztendlich konnten wir einen tollen Erfolg für die Kolleginnen und Kollegen erzielen. Das Durchhalten und die Solidarität, die wir von außen erfahren haben, haben sich ausgezahlt.«

Der Entgelttarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2025.

VL-WAHLEN 2024

Neue Vertrauensleute gewählt

6 Prozent mehr Angestellte

Die IG Metall-Mitglieder in den Betrieben haben ihre Vertrauensleute (VL) gewählt. Nach ersten Zwischenergebnissen aus rund 1000 Betrieben mit 40 000 VL sind rund 6 Prozent mehr Angestellte dabei. Ein leichtes Plus gab es auch bei Frauen und jungen Beschäftigten. Die Endergebnisse werden in einem Monat erwartet. Aktuell bilden sich die neu gewählten VL für ihre IG Metall-Arbeit im Betrieb weiter. Nächstes Ziel ist die Mobilisierung für die anstehende Tarifbewegung in der Metall- und Elektroindustrie.

ALTERSVORSORGE

Mehrheit will die Rente stärken

Umfrage zeigt starken Rückhalt

Eine klare Mehrheit der Menschen in Deutschland will die gesetzliche Rentenversicherung stärken. Das zeigt eine repräsentative Befragung im Auftrag der IG Metall. Kürzungen bei der Alterssicherung lehnen die meisten Befragten ab. Und sie machen deutlich, dass die öffentliche Rentendebatte oft am Leben der meisten Beschäftigten vorbeigeht.

Das gesetzliche Rentenalter von 67 Jahren sehen 53 Prozent der Befragten als nicht realistisch an. Über das Alter von 67 Jahren hinaus arbeiten zu können, ist nur für 23 Prozent vorstellbar.

Nur elf Prozent der Befragten finden das derzeitige Rentenniveau ausreichend. Zwei Drittel (67 Prozent) fordern ein höheres Rentenniveau, auch wenn das etwas höhere Rentenbeiträge bedeuten könnte. Die Befragten sind mehrheitlich sogar bereit, mit Extrazahlungen freiwillig zusätzliche Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zu leisten. Für 70 Prozent der Befragten wäre das eine ausbaufähige Möglichkeit, um höhere Rentenansprüche zu erlangen.

Die Forderung nach Einschnitten bei der abschlagsfreien »Rente ab 63« lehnen die befragten Wahlberechtigten ab. Mehr als neun von zehn Befragten (93 Prozent) wollen, dass Beschäftigte nach 45 Arbeitsjahren ohne Abschläge in Rente gehen können.

[igmetall.de/rente](https://www.igmetall.de/rente)

MERCEDES-BENZ-NIEDERLASSUNGEN

Mercedes-Autohäuser: Eckpunkte stehen

Hoher Nachteilsausgleich bei Übergang

Betriebsrat und Mercedes-Benz haben sich auf Eckpunkte rund um den Verkauf der Niederlassungen geeinigt. Vorangegangen waren monatelange Verhandlungen und zahlreiche Protestaktionen. Insgesamt wurden sieben Eckpunkte festgelegt, die in den kommenden Wochen mit der Unternehmensleitung ausgearbeitet werden. Zu den zentralen Punkten gehören die Sicherung der Tarifbindung und die Übernahme der Zukunftssicherung. Außerdem erhalten die Beschäftigten beim Übergang zum Erwerber im Durchschnitt 85 000 Euro.

TAG GEGEN PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG

Leiharbeit: mehr Geld und Übernahmen

IG Metall kämpft gegen die Unsicherheit



Leiharbeiter erreichen dank der IG Metall in vielen Betrieben eine Übernahme in die Festanstellung.

Foto: Gettyimages/BjelicaS

Zum Tag gegen prekäre Beschäftigung am 7. Oktober wenden sich Gewerkschaften weltweit gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Fremdvergaben – auch die IG Metall. Knapp 800 000 Menschen in Deutschland sind Leihbeschäftigte, das sind etwa zwei Prozent aller Beschäftigten. Die mit Leiharbeit verbundene Unsicherheit ist für viele Beschäftigten Alltag.

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung kommt zu dem Ergebnis: Arbeitsagenturen nutzen die Leiharbeit, um Menschen in Beschäftigung zu bringen, doch die Mehrheit von ihnen verbleibe »in einer Grauzone zwischen prekärer Arbeit und Arbeitslosigkeit«.

Betriebsräte der IG Metall stellen sich dem entgegen. In vielen Betrieben erreichen sie die Übernahme von Leihbeschäftigten in eine Festanstellung. Zusätzlich verbessert die IG Metall die Rahmenbedingungen für Leihbeschäftigte: durch Branchenzuschläge und gute Tarifabschlüsse. So steigen die Entgelte in der Leiharbeit zum 1. Oktober 2024 erneut, um 3,7 Prozent. Der Stundenlohn in der Entgeltgruppe 1 liegt dann bei 14 Euro und somit 12,81 Prozent über dem gesetzlichen Mindestlohn.

Weihnachtsextrazahlung sichern

Mit der Novemberabrechnung bekommen auch Leihbeschäftigte Weihnachtsgeld. Das sind je nach Beschäftigungsdauer beim Verleiher 214,66 bis 429,32 Euro. Mitglieder der IG Metall erhalten darüber hinaus einen Zuschlag, der je nach Beschäftigungsdauer zwischen 268,32 und 536,65 Euro beträgt. Ab 19. Oktober können sie diesen Mitgliedervorteil beantragen.

Voraussetzungen sind eine mindestens sechsmonatige Mitgliedschaft und eine mindestens sechsmonatige Beschäftigung beim Verleiher. Alles Wichtige dazu erfährt Ihr hier: [igmetall.de/mitgliedervorteil-leiharbeit](https://www.igmetall.de/mitgliedervorteil-leiharbeit)

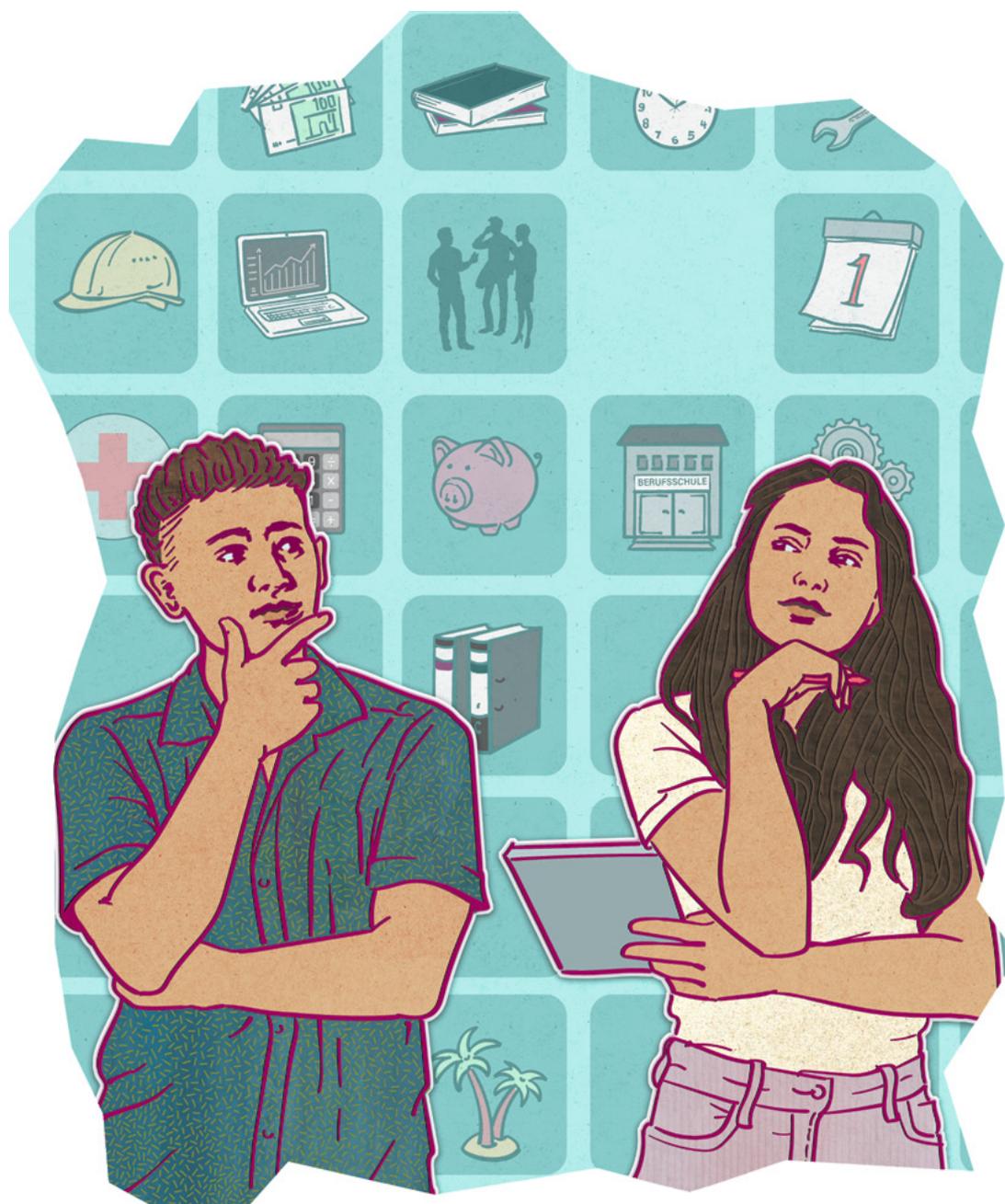
Rat für Tat

Was Auszubildende müssen – und was nicht

RATGEBER

Viele Jugendliche beginnen im September ihre betriebliche Berufsausbildung. Urlaub, Überstunden, Probezeit, Ausbildungsziele: Welche Rechte und Pflichten gelten eigentlich während der Ausbildung?

Von Antonela Pelivan | Illustration: Katja Weikenmeier



Betrieb statt Schulbank, Urlaubstage statt Ferien – und dazu eine feste Vergütung: Mit dem Start in die Ausbildung ändert sich für junge Menschen vieles. Gerade am Anfang häufen sich deshalb die Fragen: Wo steht, wie viel Geld ich bekomme? Wie lange dauert die Probezeit? Muss ich Überstunden leisten? Wann ist Berufsschule?

Und was ist eigentlich der Ausbildungsnachweis?

Antworten gibt bereits der **Ausbildungsvertrag**, der spätestens am ersten Arbeitstag vorliegen muss. Darin steht, wann die Ausbildung beginnt, wie lange sie dauert und wie hoch die Vergütung ist. Er beschreibt auch die wöchentliche Arbeitszeit, die Anzahl der Urlaubstage und was die Auszubildenden lernen sollen. Der betriebliche Ausbildungsplan und die gesetzliche Ausbildungsordnung legen die Inhalte, den Ablauf und die Prüfungsanforderungen genauer fest.

Der Ausbildungsvertrag regelt auch die **Probezeit**: Sie dauert mindestens einen und höchstens vier Monate. In dieser Zeit kann der Auszubildende prüfen, ob ihm Beruf und Betrieb zusagen. Während dieser Zeit kann das Ausbildungsverhältnis von beiden Seiten ohne Angabe von Gründen und ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden.

Auszubildende sind nicht verpflichtet, **Überstunden** zu leisten. Es sei denn, sie dienen der Ausbildung und ein Ausbilder ist im Betrieb anwesend. Der Arbeitgeber muss Überstunden mit einem Mehrarbeitszuschlag vergüten oder mit einem entsprechenden Zeitzuschlag durch Freizeit ausgleichen.

In vielen Berufen ist das Tragen von **Schutzkleidung** vorgeschrieben. Die muss der Arbeitgeber kostenlos zur Verfügung stellen, ebenso wie das erforderliche **Werkzeug** und **Material**. **Persönliche Schutzausrüstung (PSA)** soll vor Gefahren am Arbeitsplatz schützen. Zur PSA gehören beispielsweise Gehörschutz, spezielle Handschuhe und Sicherheitsschuhe.

Im **Ausbildungsnachweis**, auch Berichtsheft genannt, trägst Du ein, was Du in Deiner betrieblichen Ausbildung gemacht und gelernt hast. Der Arbeitgeber muss es Dir kostenlos zur Verfügung stellen. Weil das Berichtsheft Bestandteil Deiner Ausbildung ist, darfst Du es während Deiner Arbeitszeit ausfüllen. Das Führen des Berichtsheftes ist Voraussetzung für die Zulassung zur Zwischen- und Abschlussprüfung. Deshalb musst Du Dein Berichtsheft immer vollständig ausfüllen und vom Ausbilder durchsehen und unterschreiben lassen.

Ein wichtiger und verpflichtender Teil der dualen Ausbildung findet in der **Berufsschule** statt. Dafür musst Du vom Arbeitgeber bezahlt freigestellt werden – entweder im Blockunterricht oder an einzelnen Wochentagen. Du musst die Schulzeit auch nicht im Betrieb nachholen. Gleiches gilt für Prüfungen oder Ausbildungsmaßnahmen außerhalb des Betriebs. Für jeden Ausbildungsberuf gibt es einen eigenen Lehrplan für den Unterricht. Ziel ist es, den Auszubildenden vor allem theoretische, aber auch praktische Kenntnisse zu vermitteln.

Während der Ausbildung gibt es in der Regel zwei Prüfungen: Die **Zwischenprüfung** ist ein Test nach der Hälfte Deiner Ausbildung. Sie soll den Ausbildungsstand und eventuelle Lücken aufzeigen. Deshalb zählt das Ergebnis nicht für die Gesamtnote Deiner Ausbildung. In vielen Ausbildungsberufen wurde die Zwischenprüfung inzwischen allerdings durch die sogenannte **Abschlussprüfung Teil 1** ersetzt. Ihr Ergebnis geht zu 40 Prozent in die Gesamtnote ein. Zur **Abschlussprüfung Teil 2** wirst Du nur zugelassen, wenn Du an der Abschlussprüfung Teil 1 teilgenommen hast.

Mach mit bei der IG Metall!

Alle Beschäftigten profitieren von einer **Mitgliedschaft** in der IG Metall. Für Auszubildende und dual Studierende bietet die IG Metall besondere Leistungen, die über die tariflichen Vorteile einer Mitgliedschaft hinausgehen. Ein Tarifvertrag sichert höhere Vergütungen und schafft die Rahmenbedingungen für eine fundierte Ausbildung im Betrieb. Darüber hinaus hat die IG Metall durchgesetzt, dass Auszubildende nach der Ausbildung von den Betrieben übernommen werden – oft sogar unbefristet. Einen Rechtsanspruch darauf haben allerdings nur IG Metall-Mitglieder. Das gilt auch für **dual Studierende**: Nur durch eine Mitgliedschaft besteht für sie ein Anspruch auf die Leistungen des Tarifvertrags. Tipps und Materialien rund ums Studium findest Du hier: [igmetall-studieren.de](https://www.igmetall.de/studieren)

Außerdem bieten wir unseren Mitgliedern die **International Student Identity Card (ISIC)** an. Sie ist der internationale Ausweis für Schülerinnen und Schüler ab zwölf Jahren, Auszubildende und Studierende. Der Ausweis ist in mehr als 130 Ländern gültig. Damit erhältst Du Zugang zu vielen exklusiven Rabatten und Vergünstigungen. Das Beste daran: Die Karte ist ab Ausstellung ein Jahr gültig und für Dich als Mitglied **kostenlos**.

[igmetall.de/isic](https://www.igmetall.de/isic)

Ob Auszubildende oder dual Studierende: Neben den tariflichen Vorteilen verschafft Dir die Mitgliedschaft in der IG Metall auch noch andere Vorteile. Junge Metallerrinnen und Metalller erhalten kostenlose Rechtsberatung und Rechtsschutz und können sich bei Problemen im Betrieb auf die Beratung der IG Metall vor Ort verlassen.

Auch Mitsprachemöglichkeiten gibt es genug: **in den Jugend- und Auszubildendenvertretungen**, in den Betrieben sowie in Arbeitskreisen und IG Metall-Jugendausschüssen vor Ort. Darüber hinaus bildet die IG Metall junge Mitglieder in Seminaren und Bildungsveranstaltungen aus.

Was ist, wenn ich krank bin? Welche finanziellen Hilfen gibt es für Auszubildende? Antworten auf diese und andere Fragen findest Du hier: [igmetall.de/ausbildungsstart](https://www.igmetall.de/ausbildungsstart)

IG Metall hilft bei Problemen

Probleme mit Kollegen? Gehe auf sie zu und sprich die Konflikte offen an. Vermeide dabei Kraftausdrücke und bleibe sachlich und fair.

Lassen sich die Probleme nicht lösen, solltest Du die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) ansprechen. Auch bei Ärger mit Vorgesetzten oder in der Berufsschule steht Dir die JAV mit Rat und Tat zur Seite – gemeinsam mit Betriebsrat und IG Metall.

[igmetall.de/vor-ort](https://www.igmetall.de/vor-ort)

Branchen & Betriebe

Birgit feilt an den feinen Tönen

WIR SIND DIE IG METALL

Birgit Kaulitz baut Klaviere und Flügel bei Steinway & Sons in Hamburg, seit 40 Jahren. Sie brennt für ihr Handwerk, kämpft für faire Bezahlung und gegen Routinen, die auf die Knochen und auf den Geist gehen. In unserer Serie »1 von 2,1 Mio.« zeigen wir, was es heißt, Metallerin zu sein.

Von Christoph Böckmann



Foto: Daniel Müller

Alles geht in Windeseile. Birgit Kaulitz legt das daumenförmige Holzstück unter die Bohrmaschine und zieht an deren Hebel wie an einem einarmigen Banditen. Der Bohrkopf senkt sich, Späne fliegen, dann fährt der Bohrer wieder hoch. Die Metallerin nimmt das Teil heraus und setzt das nächste ein. Insgesamt 88-mal bohrt Birgit, zwischendurch justiert sie die Bohranlage neu. Auf der zugehörigen Anzeige stehen Gradzahlen, am linken Ende der Skala »Diskant«, am rechten »Bass«. »88 Töne, heißt 88 Hammerköpfe. Je nachdem wo sie im Flügel sitzen, muss ich sie in einem anderen Winkel bohren«, erklärt die 60-jährige Klavierbauerin.

Birgit steht im vierten Stock eines 100 Jahre alten Klinkerbaus. Mitten in Hamburg-Altona, zwischen Volksparkstadion und dem Schanzenviertel, feilen rund 450 Beschäftigte beim Flügelhersteller Steinway & Sons an den feinen Tönen. Birgit feilt schon seit 40 Jahren. Als die Metallerin 1984 bei dem deutsch-amerikanischen Traditionsunternehmen anfang, war sie Pionierin. »Vor mir hatte erst eine Frau die Ausbildung als Klavierbauerin absolviert. Bis dahin arbeiteten Frauen bei Steinway nur in der Verwaltung.« Birgit hat sich jedoch bewusst für die Werkbank entschieden. »Als Handwerkerin siehst du, was du gemacht hast.« Das gefällt der Metallerin.

Birgit kämpft für die Knochen der Kollegen

Birgit rührt jetzt mit einem kleinen Rundholz, das die Norddeutsche »Sticken« nennt, im Heißleim. Der Topf sieht aus wie ein offener Wasserkocher und ist an eine Steckdose angeschlossen. Sie beobachtet, wie der Leim honigartig vom Sticken tropft. »Der Leim soll sein, wie er sein soll, nicht zu fest, nicht zu flüssig«, lacht die Metallerin und beginnt, Hammerköpfe an Hammerstiele zu leimen, die sie zuvor an einem Messinggestell befestigt hat. »Das ist die Mechanik des Flügels. Die Hammerköpfe schlagen die Saiten im Flügel an«, erklärt Birgit. Aus dem Radio kreischt Steven Tyler, der Sänger der Band Aerosmith. »Eigentlich ist Freitag Schlagertag«, klärt Birgit auf. »Aber der Kollege, der das entschieden hat, ist heute nicht da.« Birgit und die anderen Kollegen sind nicht traurig, dass diese Tradition heute ausfällt.

Klavierspielen kann Birgit nicht. »Ich hatte mir das während der Ausbildung überlegt, hab aber in einer WG gewohnt, da wäre das nicht so gut gekommen. Außerdem wusste ich, dass ich nicht dafür brenne.« Birgit brennt für ihr Handwerk und dafür, sich einzusetzen. Seit der Ausbildung ist sie Gewerkschaftsmitglied, seit Anfang der 90er-Jahre Betriebsrätin. Besonders der Arbeits- und Gesundheitsschutz sind ihr wichtig. »Wenn du ein Leben lang die gleichen Aufgaben machst, sind am Ende deine Knochen und Gelenke kaputt, wenn du nicht aufpasst«, weiß die Metallerin. Um die Kolleginnen und Kollegen zu schützen, sorgt sie gemeinsam mit den anderen Betriebsrätinnen und Betriebsräten bei Steinway dafür, dass die Arbeitsplätze ergonomisch werden. »Wir haben zum Beispiel mittlerweile schon einige höhenverstellbare Werkbänke«, erklärt Birgit.

Von »Gänsehaut« und vom »schönsten Moment« spricht die Metallerin, wenn sie an die letzte Tarifrunde Holz und Kunststoff denkt. Das erste Mal seit 50 Jahren waren sie bei Steinway im Warnstreik. »Wir hatten einige Tage davor eine aktive Mittagspause geplant. Um 11 Uhr hat es angefangen zu hageln, um 12 Uhr war es auf dem Hof spiegelglatt. Ich dachte, da kommt keiner raus. Aber es kamen alle«, erinnert sich die Metallerin. »Da war klar, die Leute haben die Schnauze voll und wollen vors Tor. Und das haben wir dann gemacht.« Ergebnis: eine ordentliche Erhöhung und eine Inflationsausgleichsprämie. Birgit war Teil der Tarifkommission und weiß: »So zähe Verhandlungen habe ich noch nie erlebt. Wenn wir nicht alle vorm Tor gewesen wären, hätten wir nie so ein gutes Ergebnis erzielt.« Birgit ist eine, die kämpft, die sich einsetzt, Birgit ist Metallerin, Birgit ist eine von uns, eine von 2,1 Millionen.

Wir sind die IG Metall

Wir sind über 2,1 Millionen Mitglieder in der IG Metall. Wir arbeiten in den unterschiedlichsten Branchen und haben die unterschiedlichsten Jobs. Eins aber haben wir alle gemeinsam: Wir wollen gute Arbeit!



Bohren, leimen, schneiden: In der Mechanik eines Steinway-Flügels steckt echte Handwerkskunst.

Fotos: Daniel Müller

Politik & Gesellschaft

»Geld auszugeben lohnt sich!«

STAATSAUSGABEN

Der Wirtschaftsforscher Sebastian Dullien fordert 600 Milliarden Euro für staatliche Investitionen. Ein Gespräch über Schulden, Gerechtigkeit – und die Argumente von Finanzminister Christian Lindner.

Die Fragen stellte Simon Che Berberich.



Marode Infrastruktur: Mit einem fünfmonatigen Kraftakt startet die Deutsche Bahn die Generalsanierung ihres heruntergekommenen Schienennetzes auf der Riedbahnstrecke zwischen Frankfurt und Mannheim. Deutschland fährt bei der Infrastruktur seit Jahren auf Verschleiß. Ein großes Investitionsprogramm könnte die Wirtschaft langfristig stärken.

Foto: Deutsche Bahn AG/Benjamin Kedziora

Herr Dullien, Ihr Vorschlag lautet: Der Staat gibt in den kommenden zehn Jahren 600 Milliarden Euro zusätzlich aus. Wie kommen Sie auf diese Summe?

Wir haben uns die wichtigsten öffentlichen Bereiche angesehen: Straßen, Schienen, Schulen, Gebäude, Energienetze. Dann haben wir untersucht, welche Investitionen nötig sind, um den vorhandenen Investitionsstau aufzulösen und Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfähig zu machen. 2019 haben wir das schon einmal berechnet. Damals sind wir auf 460 Milliarden Euro gekommen. Aber seitdem ist vieles schwieriger geworden: Zum Beispiel sind die Baukosten stark gestiegen. Es gab aber auch Fortschritte, etwa beim Kitausbau und beim Bau von Breitbandleitungen für schnelles Internet.

Wohin genau sollen die 600 Milliarden fließen?

Die größten Posten sind: die kommunale Infrastruktur, also die Sanierung des Straßen- und Schienennetzes sowie der Schulen, und der Ausbau des ÖPNV. Dazu kommt die Förderung von Klimaschutz- und Energiesparmaßnahmen – also zum Beispiel Zuschüsse für Hausbesitzer, die ihr Gebäude dämmen wollen, um Heizkosten zu sparen. Auch der Ausbau eines Leitungsnetzes für Wasserstoff fällt unter diesen Punkt.

Warum lohnen sich diese Ausgaben?

Dass sich öffentliche Investitionen rentieren, wissen wir aus vielen Studien. Beispiel Autobahn: Wenn eine kaputte Brücke ersetzt wird, dann verschwindet der ständige Stau. Die Menschen kommen schneller zur Arbeit. Lieferanten und Monteure kommen schneller zu ihren Kunden. Das steigert die Produktivität. Anderes Beispiel: Investitionen in Bildung haben eine sehr hohe Rendite, weil die Menschen später höher qualifizierte Arbeit ausüben können und dann ebenfalls produktiver sind. Mit zusätzlichen Investitionen schaffen wir eine zukunftsfähige Wirtschaft, Lebenschancen, Perspektiven. Man kann sagen: Geld auszugeben lohnt sich!

Was haben Beschäftigte von einem solchen Programm von Megainvestitionen?

Es nutzt ihnen ganz direkt im Alltag: Sie kommen schneller zur Arbeit. Oder sie können auch mal mit der Bahn zur Arbeit fahren, weil die nicht mehr ständig zu spät kommt oder ganz ausfällt. Die Kinder wiederum gehen in eine Schule, in der es nicht mehr durchs Dach regnet. Außerdem sichern die vorgeschlagenen Investitionen Arbeitsplätze. Weil sie zum Beispiel Energiekosten stabilisieren, unter denen Industriebetriebe heute leiden.

Die Bundesregierung hat für nächstes Jahr Investitionen »auf Rekordniveau« angekündigt. Warum reicht das nicht?

Dass die öffentlichen Investitionen 2025 »auf Rekordniveau« sein sollen, hört sich besser an, als es ist. Zum einen ist es wenig aussagekräftig, dass – in Euro gerechnet – 2025 ein Rekordniveau bei den Investitionsausgaben des Bundes erreicht wird, da die Preise für Investitionsgüter auch 2024 und 2025 weiter steigen und deshalb ein nominaler Rekord wenig aussagt. Zum anderen ist ein enormer Sprung bei den öffentlichen Investitionen notwendig, um die tatsächlichen Bedarfe in Deutschland abzudecken. Was da im Bundeshaushalt an Mehrinvestitionen vorgesehen ist, ist leider maximal ein Minischritt.

Woher soll das Geld für zusätzliche Investitionen kommen?

Am besten wäre, diese Investitionen von der Schuldenbremse auszunehmen. Das wäre die sogenannte Goldene Regel: Schulden sind in Ordnung, solange mit dem geliehenen Geld in die Zukunft investiert wird. Damit wäre auch die häufig zu hörende Kritik entkräftet, dass neue Schulden angeblich nur für zusätzlichen Konsum verfrühstückt werden. Die Goldene Regel folgt derselben Logik, die auch in Unternehmen angewendet wird. Kaum ein Unternehmen ist vollständig schuldenfrei. Man investiert – auch mit Fremdkapital – und bekommt dafür etwas zurück.

Finanzminister Christian Lindner sagt: »Wir dürfen der jungen Generation nicht so viele Schulden hinterlassen ...«

Schulden sind nicht automatisch gut oder schlecht. Es kommt darauf an, wofür das Geld eingesetzt wird. Wenn ich mit Kredit ein Haus baue, das ich später an meine Kinder vererbe, dann belastet das die Kinder in der Zukunft nicht. Im Gegenteil: Sie besitzen dann ein Haus. Wenn ich auf Pump nach Mallorca fliege, vererbe ich nichts. Solche Schulden sollte man tatsächlich nicht vererben. Noch ein Beispiel: Wenn meine Eltern nicht in meine Ausbildung investiert hätten, dann hätte ich heute ein viel geringeres Einkommen. Grundsätzlich gilt: Unterlassene Investitionen sind für die Jüngeren viel schlimmer als etwas höhere Schulden. Wenn man Investitionen unterlässt, deren Rendite über den Kreditkosten liegt, dann ist das wirtschaftlich unklug.

Der Finanzminister sagt auch, dass mehr Staatsverschuldung das Risiko von Finanzkrisen erhöht. Was ist da dran?

Über die Kreditwürdigkeit eines Staates entscheidet die sogenannte Schuldenquote – also die Staatsverschuldung im Vergleich zur Wirtschaftsleistung. Diese Quote wäre mit den vorgeschlagenen Investitionen Mitte des Jahrhunderts sogar niedriger als ohne ein solches Programm. Warum? Weil die Investitionen das Wirtschaftswachstum ankurbeln. Das zusätzliche Wachstum relativiert die Schuldenquote. Deutschland ist aktuell das einzige G-7-Land mit einem so niedrigen Schuldenstand. Es gibt also Spielraum. Viele Institutionen drängen Deutschland zu höheren öffentlichen Investitionen: die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD), der Internationale Währungsfonds, sogar die Bundesbank. Die Welt hat sich seit der Einführung der Schuldenbremse radikal verändert. Also sollten wir unser Verhalten ändern. Wir treffen heute Entscheidungen, die später nicht mehr korrigierbar sind.

Investitionen findet eigentlich jeder gut. Viele Konservative sagen aber: nicht über Kredite, sondern über Umschichtungen im Bundeshaushalt. Geht das?

Das funktioniert nicht. Viele Ausgaben sind gesetzlich festgeschrieben. Durch Umschichten oder Kürzen an anderer Stelle kämen wir nie auf die nötigen Summen. Solche Argumente sind Nebelkerzen.

Anderer Vorschlag: Wie wäre es mit einer höheren Reichensteuer und einer Vermögenssteuer?

Ich wäre kein Gegner solcher Maßnahmen. Aber für einen zukunftsfähigen Staat brauchen wir höhere Einnahmen.

Und falls wir auf zusätzliche Investitionen verzichten?

Dann sinkt die Lebensqualität, die Unzufriedenheit steigt, der Wirtschaftsstandort Deutschland leidet. Unternehmen sehen die deutsche Infrastruktur zunehmend als negativen Standortfaktor. Dabei galt gute Infrastruktur lange als großer Pluspunkt für Deutschland. Unternehmen fordern das ein, sonst investieren sie nicht. Ein Beispiel: Der schwedische Batteriehersteller Northvolt will für seine geplante Fabrik in Schleswig-Holstein unbedingt einen guten Bahnanschluss. Ähnlich war es bei Tesla in Grünheide.

Warum ist Deutschland so lange auf Verschleiß gefahren?

Das geht bis in die 90er-Jahre zurück. Damals gab es Haushaltsprobleme. Also haben Politiker überlegt, wo man sparen kann. Bei der Infrastruktur kann man relativ leicht kürzen, weil es nicht sofort sichtbar ist. Das hat mit kurzfristigem Denken zu tun, dem Denken in Wahlperioden. Aber wer so denkt und bei der Infrastruktur kürzt, der verspielt die Zukunft. Die Ironie dabei: Die Schuldenbremse wurde auch damit begründet, kurzfristiges Denken bei den Staatsausgaben zu bekämpfen. Nun sorgt sie dafür, dass kurzfristig gehandelt wird – indem der Staat zu wenig investiert. Die Schuldenbremse ins Grundgesetz zu schreiben war der Urfehler.

Dort steht sie nun aber – und kann nur mit Zweidrittel-mehrheit geändert werden. Wie geht es weiter?

Mittelfristig wird sich die Haltung durchsetzen, dass wir mehr investieren müssen. Und dann findet sich auch ein Weg.



Foto: Peter Himsel/OBS

Sebastian Dullien

Sebastian Dullien ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin. Er leitet das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung.

»Was da im Bundeshaushalt an Mehrinvestitionen vorgesehen ist, ist leider maximal ein Minischritt.«

Sebastian Dullien

Deine IG Metall

Mitbestimmung gestärkt

BETRIESBRATSARBEIT

Die Vergütung von Betriebsratsmitgliedern ist aktuell Gegenstand vieler Klageverfahren vor Arbeitsgerichten. Hintergrund ist ein Urteil des Bundesgerichtshofs, in dem es um die Frage ging, ob Arbeitgeber sich wegen Untreue strafbar machen, wenn sie bei der Bezahlung von Betriebsräten danebenliegen. Die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes soll nun für Klarheit sorgen. Wie? Das erklärt Rechtsanwältin Verena zu Dohna im Interview.

Die Fragen stellten Mirko Kaiser und Antonela Pelivan.



Foto: Alexander Paul Englert

»Auf den letzten Metern des Gesetzgebungsverfahrens tauchten immer neue Hindernisse auf, aber die IG Metall hat nicht lockergelassen und das Thema zur Chefsache gemacht, sodass wir am Ende erfolgreich waren.«

Verena zu Dohna, Juristin und Ressortleiterin Betriebsverfassung und Mitbestimmungspolitik beim Vorstand der IG Metall

Warum hat das BGH-Urteil Betriebsräte und Unternehmen verunsichert?

Bei der Vergütung von Betriebsratsmitgliedern hat der Bundesgerichtshof (BGH) engere Grenzen gezogen als das Bundesarbeitsgericht (BAG). So entstand der Eindruck, dass sich ein freigestelltes Betriebsratsmitglied maximal wie seine Vergleichsgruppe entwickeln kann. Teilweise haben Arbeitgeber Betriebsratsmitgliedern die Vergütung gekürzt und Rückforderungen geltend gemacht.

In anderen Fällen wurden alle Betriebsräte unter Generalverdacht gestellt und ihre Eingruppierung überprüft. Einzelne Unternehmen sahen sich mit anonymen Anzeigen und entsprechenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen konfrontiert. Das führte in vielen Betrieben zu einer Störung des Betriebsfriedens.

Was ist am Gesetz geändert worden?

Die Anspruchsgrundlagen der Paragraphen 37 Absatz 4 und 78 Betriebsverfassungsgesetz sind ergänzt worden. Zum einen wurde festgelegt, dass der Zeitpunkt, zu dem eine sogenannte Vergleichsgruppe zu bilden ist, der Zeitpunkt der Übernahme des Betriebsratsamtes ist, sofern kein sachlicher Grund für eine spätere Neubestimmung vorliegt. Zum anderen ist geregelt, dass die Konkretisierung der Vergleichbarkeit in einer Betriebsvereinbarung und die einvernehmliche Festlegung von Vergleichspersonen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat nur auf grobe Fehlerhaftigkeit überprüft werden kann. Last but not least stellt der Gesetzgeber klar, dass auch ein »fiktiver Beförderungsanspruch« bestehen kann, wenn das Betriebsratsmitglied die betrieblichen Anforderungen und Kriterien erfüllt.

Wie trägt das zu Betriebsfrieden und Rechtssicherheit bei?

Die Neuregelung schafft Anreize für den Abschluss einer freiwilligen Betriebsvereinbarung, indem sie den Betriebsparteien einen gewissen Ermessensspielraum bei der Ausgestaltung des Verfahrens zur Bestimmung der Vergleichspersonen einräumt. Gleiches gilt für die nähere Ausgestaltung der Voraussetzungen für einen fiktiven Beförderungsanspruch. Auch wenn von dieser Möglichkeit nicht überall Gebrauch gemacht werden wird, bietet der Abschluss einer freiwilligen Betriebsvereinbarung Schutz durch Verfahren und Transparenz. Hinzu kommt die eingeschränkte gerichtliche Überprüfbarkeit.

Profitieren freigestellte und nicht freigestellte Betriebsräte?

Ja.

Ist es realistisch, dass sich Arbeitgeber und Betriebsrat auf »Vergleichsperson« und Vergütung einigen?

Eine erzwingbare Mitbestimmung wäre hier wohl besser gewesen. Dennoch erscheint die Aufgabe lösbar und die Betriebsparteien sollten, unter Einbeziehung der jeweils betroffenen Betriebsratsmitglieder, auch den Anspruch haben, sich zu einigen. Da Arbeitgeber und Betriebsrat selbst die Kriterien der Vergleichbarkeit unter Berücksichtigung der Rechtsprechung festlegen können, sollte das zu schaffen sein. Zusätzlich können bei Bedarf Konfliktlösungsmechanismen, wie eine freiwillige Einigungsstelle oder eine innerbetriebliche Kommission für Streitige Fälle, eingerichtet werden.

Was, wenn die Einigung scheitert?

Die genannten Konfliktlösungsmechanismen können angewandt werden, sofern sie vereinbart wurden. Ansonsten bleibt es bei der Entgeltfestsetzung durch den Arbeitgeber und das betroffene Betriebsratsmitglied kann sich bei der IG Metall beraten lassen, ob eine gerichtliche Durchsetzung eines höheren Entgelts Aussicht auf Erfolg hat.

Allerdings sind die Anforderungen an das in diesem Zusammenhang zunächst darlegungs- und beweislaspflichtige Betriebsratsmitglied unverändert hoch.

Wie unterstützt die IG Metall Betriebsräte, denen der Arbeitgeber als Reaktion auf das BGH-Urteil das Gehalt gekürzt hat?

Der Vorstand der IG Metall gewährt in Zusammenarbeit mit der zuständigen Geschäftsstelle vor Ort Rechtsschutz. Das ist eine große Herausforderung, da mehrere Hundert Fälle voraussichtlich durch alle Instanzen begleitet werden müssen. Diese Rechtsstreitigkeiten wurden bisher ganz überwiegend gewonnen, sind aber noch nicht rechtskräftig. Zum BAG werden die ersten dieser Fälle im Jahr 2025 kommen.

Dass die Erfolgsaussichten bei der Abwehr ungerechtfertigter Kürzungen deutlich höher sind als bei der Geltendmachung einer Entgelterhöhung, liegt daran, dass die Arbeitgeber viele Fehler gemacht haben und häufig über das Ziel hinausgeschossen sind.

Stärkt die Gesetzesänderung die Mitbestimmung?

Ja, deshalb hat sich die IG Metall schon lange vor der BGH-Entscheidung für eine Neuregelung im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) starkgemacht. Auf den letzten Metern des Gesetzgebungsverfahrens tauchten immer neue Hindernisse auf. Da die IG Metall aber nicht lockergelassen und das Thema zur Chefsache gemacht hat, waren wir am Ende erfolgreich. Mit der Neuregelung haben wir ein Werkzeug in der Hand, mit dem wir arbeiten können.

Sichere und faire Rahmenbedingungen für die Betriebsratsarbeit sind unverzichtbar, damit sich auch in Zukunft Kolleginnen und Kollegen zur Wahl stellen und sich für Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb einsetzen, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Gleichzeitig ist nach wie vor eine umfassende Reform des BetrVG notwendig, um die Mitbestimmung zukunftsfest zu machen. Bleiben wir gemeinsam dran!

Solidarität gewinnt

Gemeinsam die IG Metall noch stärker machen.



Personalisierte Hoodies, T- oder Poloshirts erhalten Metallerinnen und Metaller, wenn sie neue Mitglieder für die IG Metall gewinnen.

Foto: Lando Hass

Jetzt überzeugen!

Die beste Gelegenheit, um andere für eine Mitgliedschaft in der IG Metall zu begeistern, ergibt sich, wenn sie die IG Metall in Aktion erleben. In vielen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie ist das in diesen Tagen der Fall. Denn dort wird gerade um einen neuen Tarifvertrag gerungen. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, das Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen zu suchen und sie einzuladen, Mitglied der IG Metall zu werden.

Mit ihrer Mitgliedschaft können sie sich persönlich für eine ordentliche Entgelterhöhung einsetzen. Darum wollen wir in den Betrieben sichtbar werden und begleiten die aktuelle Tarifrunde mit der Sonderwerbeaktion **Solidarität gewinnt**. Denn um ein gutes Tarifergebnis für die Metall- und Elektroindustrie zu erkämpfen, benötigen wir eine starke IG Metall.

Für jedes neu geworbene Mitglied erhältst Du einen Aktionscode, den Du in unserem Shop einlösen kannst. Als Dankeschön gibt es wieder hochwertige Textilien mit dem Logo der IG Metall. Fast alle Geschäftsstellen der IG Metall nehmen an der Aktion teil.

Tolle Outfits in vielen Farben

Die Outfits für Metallerinnen und Metaller gibt es in vielen Größen in den Farben Rot, Grau und Schwarz.

- Für einen Code kannst Du Dein T-Shirt, Deine Mütze oder zwei Schlauchschals bestellen.
- Für zwei Codes wähle zwischen Polo, Zipper oder Hoodie.
- Für drei Codes gibt es eine Daunenweste.

Wenn Du willst, kannst Du Dein Outfit auch personalisieren und mit Deinem Namen, Deiner IG Metall-Geschäftsstelle, Deinem Gremium oder Deinem Betrieb besticken lassen. Oder Du verschenkst Deine Aktionscodes an neue Metallerinnen und Metaller, damit sie sich ein schönes Kleidungsstück aussuchen können.

Deine Aktionscodes musst Du im Shop einlösen. Wie das funktioniert, erfährst Du hier: **igmetallshop.smake.cloud**



*Strapatsada, griechisches Rührei – hier mit Pita – liefert jede Menge Energie für die bevorstehende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie. Das Rezept stammt aus dem internationalen Kochbuch des Arbeitskreises Kult. V der IG Metall Reutlingen-Tübingen.
Foto: Katrin Winner*

Einfach mal in die Pfanne hauen

Jetzt beginnt wieder die Zeit, in der manche sagen: »Es ist so heiß, ich habe gar keinen richtigen Hunger, ich esse heute höchstens Wassermelone.« All denen aber, die auch in der warmen Jahreszeit etwas Leckeres essen wollen, stellen wir mit der Dovga ein Gericht vor, das sich problemlos zubereiten lässt und gerade im Sommer sehr gut schmeckt. Denn es erfrischt mindestens so sehr wie Wassermelone.

Und so bereitet Ihr die aserbaidische Joghurtsuppe zu: Zunächst Ei, Mehl, Reis und den Joghurt in einem Topf gut vermischen und zum Kochen bringen. Gießt dann die sechs Gläser Wasser in den Topf dazu. Die Masse unter ständigem Rühren zum Kochen bringen und danach die Wärmezufuhr verringern.

Nachdem der Reis weich geworden ist, Dill, Spinat und Minze hinzufügen und weiter kochen, bis die Kräuter ebenfalls weich sind. Wer mag, kann gekochte Kichererbsen oder Fleischbällchen dazugeben.

Dafür das Rinderhackfleisch mit der klein geschnittenen Zwiebel, den Semmelbröseln, der Petersilie sowie Salz und Pfeffer vermengen und zehn Minuten ziehen lassen. Anschließend kleine Bällchen formen und in der Pfanne mit zwei Esslöffel Bratöl goldbraun braten. Bei 160 Grad Umluft im Ofen für circa zehn Minuten fertig garen. Guten Appetit!

Zutaten für vier Personen

4 große, saftige, reife Tomaten

8 mittelgroße Eier

4 EL Olivenöl

Salz, frisch gemahlener Pfeffer

Einige Blätter Oregano

Feta (zum Bestreuen)

Für das Pita:

400 g Mehl

2 TL Backpulver

200 g Joghurt

Wasser nach Bedarf

3 EL Olivenöl

1 TL Salz

Dein Rezept

Sende uns Dein Lieblingsrezept zum Nachkochen für Metallerinnen und Metaller. E-Mail mit dem Stichwort »Rezept« an: [**metall@igmetall.de**](mailto:metall@igmetall.de)

Service

Hier kannst Du dich registrieren

Einige Serviceangebote auf der Website der IG Metall sind erst einsehbar, wenn Du Dich online registriert hast. Deinen persönlichen Zugang kannst Du hier einrichten: igmetall.de/registrieren

Podcast: Das musst Du gegen Altersarmut tun

Tariflöhne und ein starker Sozialstaat helfen, Altersarmut zu vermeiden. Wo wir Verbesserungen brauchen und wer die Gegner sind, erfährst Du in der aktuellen Folge unseres Podcasts:
igmetall.de/maloche-malibu

Deine Geschäftsstelle

Fragen zur Mitgliedschaft beantwortet Deine IG Metall-Geschäftsstelle. Hier findest Du die Kontaktdaten: igmetall.de/vor-ort

Der IG Metall beitreten

Hier kannst Du Mitglied werden: igmetall.de/beitreten

Leserbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzdrukken. Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.
metall@igmetall.de

Barrierefreies PDF

Du hast Lob, Kritik oder Verbesserungsvorschläge?

Ich freue mich auf Deine E-Mail!

fabian.hilgendorf@datagraphis.de

Impressum

Herausgeber: Christiane Benner, Jürgen Kerner, Nadine Boguslawski

Beauftragte der Herausgeber: Ursula Kleppmann (verantw. i. S. d. P.)

Anschrift:

Redaktion metall, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Chefredakteur: Mirko Kaiser

Redaktion:

Simon Che Berberich, Christoph Böckmann, Jan Chaberny, Dirk Erb, Antonela Pelivan, Leonie Scholz, Jacqueline Sternheimer, Denis Vogt

Bildredaktion: Michael Henzli

Sekretariat: Beate Albrecht

igmetall.de/metall

Angebot für Menschen mit Sehbehinderung

metall gibt es als barrierefreies PDF: metall@igmetall.de

Layout und Gestaltung

Thomas Pötschick, Aschaffenburg

Konzeption der Neugestaltung:

GROOTHUIS. Gesellschaft der Ideen und Passionen mbH, Hamburg

Vertrieb:

Thomas Köhler, Telefon: 069 66 93-22 24, Fax: 069 66 93-25 38, vertrieb@igmetall.de

Anzeigen:

Petra Wedel, Zweiplus Medienagentur, Ober-Ramstadt

wedel@zweiplus.de

Druckvorstufe: datagraphis GmbH

Druck und Versand: Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG

Papier:

metall erscheint sechsmal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier besteht aus einem nachhaltigen Fasergemisch aus regionalem Altpapier, Holzabfällen und Durchforstungsholz. Weitgehendes Vermeiden von fossilen CO₂-Emissionen bei der Herstellung des Papiers schützt das Klima.